

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 284.

Mittwoch, den 4. Dezember 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

1861 Millionen Militärausgaben.

Vor einigen Tagen schrieben wir — so lesen wir im „Vorwärts“ — bereits, daß die Ausgaben, die im Etat für 1913 allein für Zwecke des Militarismus, nämlich für Heer, Marine, Verzinsung der militärischen Schulden, Kolonialpolitik und Invalidenfonds enthalten seien, wahrhaftig höher seien, als die gesamten Reichseinnahmen! Nachdem wir den Etat einer genaueren Durchsicht unterzogen haben, können wir in der Tat das ungeheuerliche Faktum feststellen, daß die oben genannten militärischen Ausgaben nicht nur alle wirklichen Nettoeinnahmen des Reiches verschlingen, sondern auch noch einen Teil des Zuschusses, der aus dem Ueberschuß des Jahres 1911 und der Anleihe für 1913 stammt! Nicht auf 95 Proz. der sämtlichen Reichserträge belaufen sich also 1913 die militärischen Ausgaben, sondern auf mehr als 100 Prozent! Handelt es sich doch um eine Ausgabe von nicht weniger als 1861 Millionen, während die ganze Nettoeinnahme des Reiches nur 1820 Millionen beträgt.

Die militärischen Ausgaben stecken allerdings keineswegs lediglich in den Spezialerats für Heer, Marine und Kolonien. Sie sind in den verschiedensten Etats verstreut, so daß ihr Auffinden einige Schwierigkeiten macht. Wir wollen deshalb auch keineswegs behaupten, daß wir nicht doch noch den einen oder anderen Posten übersehen hätten. Aber wir glauben, daß das, was wir an militärischen Ausgaben ermittelt haben, schon mehr als hinreichend ist, um zu beweisen, daß unser Militarismus wie ein Vampyr dem Reiche alle Lebensäfte ausaugt.

Die Ausgaben stellen sich in folgenden Posten dar:

Auswärtiges Amt:		
Auslandszulagen für Militärbevollmächtigte usw.	212 220	Mf.
Geheime Ausgaben	1 000 000	"
Reichsamt des Innern:		
Unterstützung von Familien der zu Übungen eingezogenen Mannschaften	3 909 000	"
Verwaltung des Reichsheeres	637 761 687	"
Reichsmilitärgericht	536 247	"
Marineverwaltung	197 051 989	"
Reichsfinanzamt:		
Dispositionsfonds des Kaisers	1 500 000	"
Unterstützungen, Erziehungsbeiträge, Pensionzuschüsse	1 556 000	"
Rapportentschädigungsraten für Beschränkung des Grundeigentums in der Umgebung von Festungen	1 013 674	"
Lagerung von Baumaterialien zu militärischen Zwecken	50 000	"
Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer	31 000 000	"
Einmalige Rapportentschädigungen usw.	3 843 824	"
Reichskolonialamt	2 918 787	"
Reichsschuldverzinsung	150 000 000	"
Allgemeiner Pensionsfonds	138 000 000	"
Allgem. Finanzverwaltung:		
Quoten an Bayern	102 803 282	"
Reichsamt des Innern:		
7. Rate für den Kaiser-Wilhelm-Kanal	56 000 000	"
Reichsheer, einmalige Ausgaben	138 545 232	"
Garnisonbauten, Festungen	22 286 066	"
Marineverwaltung, einmalige Ausgaben	219 239 971	"
Reichskolonialamt, einmalige Ausgaben	24 508 718	"
Allgem. Finanzverwaltung:		
Einmalige Ausgabe: Quote an Bayern	17 840 748	Mf.
Bevollständigung des Eisenbahnnetzes zu Zwecken der Landesverteidigung	2 838 270	"
Abfüllung der Vorausbeschaffung der Heeresverwaltung	106 106 878	"
Außerordentl. Etat:		
Festungsbauten	12 700 000	"
Marineverwaltung	51 150 000	"
Summa	1 910 672 514	Mf.

Diesen Ausgaben für militärische Zwecke stehen folgende Einnahmen aus militärischen Quellen gegenüber:

Verwaltung des Reichsheeres:		
Einnahmen aus den Militäreisenbahnen, Grundstückverkäufen usw.	29 826 403	Mf.
Reichsmilitärgericht	394	"
Marineverwaltung	1 103 822	"
Reichskolonialamt	1 563 757	"
Reichsschuld:		
Zinsen von der Reichsanleihe an Togo Südwestafrika	248 530	"
Summa	34 160 943	Mf.

übertrag	34 160 943	Mf.
Verzinsung d. chinef. Kriegsschuld	10 564 197	"
außerordentl. Etat	1 688 334	"
Erlös vom Verkauf von Festungsgrundstücken	3 176 352	"
Summa	49 589 878	Mf.
Ausgaben	1 910 672 514	Mf.
Einnahmen	49 589 878	"
Endsumme der Ausgaben	1 861 082 636	Mf.

Diesen Ausgaben für militärische Zwecke stehen folgende Einnahmen aus militärischen Quellen gegenüber:

Zur Erklärung der einzelnen Ausgabe- und Einnahmeposten sei bemerkt: Daß die geheimen Ausgaben in Höhe von 1 000 000 auf das Konto der Militärausgaben zu buchen sind, bedarf wohl kaum der Begründung, handelt es sich doch offenbar um Beträge, die für Spionagezwecke verausgabt werden. — Von dem Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen in Höhe von 3 Millionen haben wir nur 1½ Millionen = 50 Prozent für militärische Ausgaben in Ansatz gebracht, sicherlich eher zu wenig, als zuviel. — Selbstverständlich müßten wir auch die 56 Millionen für den Kaiser-Wilhelm-Kanal unter die militärischen Ausgaben buchen, da die Erweiterungsbauten, denen die Ausgabe dient, lediglich der Kriegsmarine wegen erforderlich sind. Denn für den Verkehr der Handelschiffe war der Kanal in seinen alten Abmessungen mehr als ausreichend! — Daß die „Abbürdung“ der Vorausbeschaffungen zu Kriegsbereitstellungszwecken in Höhe von 106 Millionen, die jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ posthumlicherweise eine „Schuldentilgung“ nennt, zu den hier anzuführenden Militärausgaben gehört, wird ebensowenig zu bezweifeln sein. Gibt doch das offiziöse Blatt zu, daß die Vorausbeschaffungen, die ehemals nur dazu dienten, „vorübergehende Schwankungen zwischen den Aufkäufen zweier aufeinanderfolgenden Rechnungsjahre auszugleichen“, nunmehr dazu benutzt wurden, „entsprechend dem erwachsenen Bedürfnis größere Bestände von Körnern, Mundverpflegung usw. dauernd vorrätig zu halten“. Nun ja, entsprechend dem wachsenden Bedürfnis der Kriegsbereitstellung! Nichts anderes hat ja der „Vorwärts“ ausgeführt. Und daß diese wachsenden Bedürfnisse bereits in möglichst unauffälliger Form durch den Etat für 1912 sichergestellt worden waren, haben wir ja selbst in der Nr. 277 konstatiert. Gerade läppisch ist aber die Behauptung, die etatsmäßige Deckung dieser „Vorausbeschaffungen“ sei eine „Schuldentilgung“. Wenn wir noch mehr solcher Schuldentilgungen erleben, können wir recht nett in die Tinte, d. h. die uferloseste Schuldmacherei hineingeraten! — Die Verzinsung der Reichsschuld beträgt 1913 mehr als 177 Millionen. Nur 150 Millionen davon haben wir als Verzinsung solcher Schulden in Ansatz gebracht, die für militärische Zwecke gemacht wurden. Auch hier haben wir dem Militarismus eher zu wenig, als zu viel angedreht.

Mit derselben Sorgfalt, mit der wir die Ausgaben des Militarismus zusammengestellt haben, haben wir auch dessen Einnahmen zusammengestellt. Wir haben dem Militarismus alle für ihn irgend in Betracht kommenden Aktiva gut geschrieben. So befinden sich beispielsweise unter den 29,8 Millionen Einnahmen der Verwaltung des Reichsheeres auch die Einnahmen aus dem Verkauf des Tempelhofer Feldes und andere militärisch-fiskalischer Grundstücke innerhalb Berlins. Trotz Abzugs dieser Einnahmen in Höhe von 49,5 Millionen gelangen wir also zu dem ungeheuerlichen Endresultat, daß die militärischen und weltpolitischen Ausgaben des Staatsjahres 1913 nicht weniger als 1861 Millionen betragen, während die gesamten Einnahmen des Staatsjahres 1913 sich nur auf 1820 Millionen beziffern. Wir geben also für unsern Militarismus in seinen verschiedensten Erscheinungsformen noch 41 Millionen mehr aus, als sämtliche Nettoeinnahmen aus den Zöllen, Steuern, Gebühren und Betriebsüberschüssen des Deutschen Reiches ausmachen!

Haben wir also zuviel gesagt, wenn wir stets behaupteten, daß das Deutsche Reich im Grunde nichts sei als eine Maskiranterie für unsern Militarismus? Haben wir übertrieben, wenn wir darlegten, daß bei einem solchen Anwachsen der Ausgaben des Militarismus natürlich keinerlei Mittel für kulturelle, in Sonderheit sozialpolitische Aufgaben übrig bleiben könnten?!

Daß das Deutsche Reich 1913 überhaupt noch Mittel für andere als militärische Zwecke übrig hat, dankt es erstens seiner Anleihe von 33 Millionen und zweitens dem Zuschuß von 187 Millionen, der von dem Ueberschuß des Jahres 1911 auf das Jahr 1913 verdrängt wird. Fehlten diese 220 Millionen Zuschuß, so würde das Deutsche Reich aus seinen Einnahmen, aus den Er-

trägnissen des Jahres 1913 nicht einmal seine Militärausgaben decken können!

Wir gestatten uns, angesichts solcher Tatsachen von einer deutschen Kulturhande zu sprechen, auch wenn der freisinnige Reichspräsident dies Wort noch so eifrig zu verfeimen sucht!

Hin und her.

Während man in den letzten Tagen damit rechnen konnte, daß der Waffenstillstand nun endlich zustande kommen würde, scheinen sich jetzt neue Schwierigkeiten aufzutürmen. Griechenland will anscheinend plötzlich nicht mehr mitmachen. Wir verzeichnen folgende Meldung aus Konstantinopel:

Nach den gestrigen Vormittagsverhandlungen begab sich Osman Nizam Pascha im Extrazug sofort nach Konstantinopel, um im Ministerium zu berichten. Es wurde sofort ein Ministerrat einberufen, der bis um 7 Uhr tagte, und der dann die Delegierten von den gefassten Beschlüssen verständigte. Da eine Einigung mit Griechenland nicht zu erzielen war, wurde dann der Waffenstillstand zwischen der Türkei, Bulgarien, Serbien und Montenegro abgeschlossen und von den Bevollmächtigten um 9 Uhr unterzeichnet. Der Waffenstillstand gilt auf eine bestimmte Dauer.

Das Reutersche Bureau meldet aus Sofia: Bezüglich des Gerüchts, die intransigente Haltung der Griechen könnte den Abschluß des Waffenstillstandes verzögern, wird von zuständiger Stelle erklärt, der Waffenstillstand werde nötigenfalls ohne die Griechen unterzeichnet werden, die den Krieg allein fortsetzen könnten, wenn sie es wünschten.

Der griechische Gesandte erklärte dem Vertreter des Reuterschen Bureau über die gegenwärtige Haltung Griechenlands: Die Türkei habe in letzter Zeit kurz vor dem Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand dreimal versucht, Griechenland dem Balkanbündnis abtrünnig zu machen. Das Ansuchen sei aber entrüftet zurückgewiesen worden. Die Teilnahme Griechenlands am Kriege sei nicht auf Landoperationen beschränkt geblieben. Griechenlands Flotte sei vielmehr ein entscheidender Faktor im Kriege gewesen, da sie die Türkei daran verhindert habe, ihre besten Truppen aus Kleinasien nach Europa zu bringen, und auch den Eisenbahnverkehr durch Abschneiden der Kohlenzufuhr lahmgelegt habe.

Als Ort für die Friedensverhandlungen wird jetzt London angegeben.

Adrianopel soll wieder einmal in Flammen stehen.

Am Stutari wird gegenwärtig wieder scharf gekämpft. Der Ausgang des Kampfes ist unbekannt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Unsere Weltpolitik.

Wir wollen die Verständigung, der selbständigen und freien Nation. Das ist der Grundgedanke, der die Weltpolitik leitet, wie wir sie verstehen, und der unsere Stellung zu allen einzelnen Fragen internationaler Beziehungen bestimmt. Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion, die Genossen Dr. David und Haase, die gestern zu Wort kamen, haben die sozialistische Auffassung der gegenwärtig aktuellen Probleme durchgeführt. Und schließlich war es gerade diese unsere Weltpolitik, die den Hauptinhalt der ganzen Debatte bildete. David entwickelte unsere Betrachtung und Behandlung der Frage, die Redner vom Zentrum und von den Konservativen befaßten sich gleichfalls in der Hauptsache mit demselben Problem unserer Parteitaktik, und Haase erwiderte in einer geschickten und wirkungsvollen Polemik. Es ist kennzeichnend für die Bedeutung, die die Stellung unserer Partei in dem internationalen Konflikt hat, daß die gestrige parlamentarische Auseinandersetzung sich fast ausschließlich von den Verhandlungen und der Entschliebung des letzten internationalen Kongresses nährte. Man hat in Basel hervorgehoben, daß dieser Kongreß sich dadurch vor allen früheren auszeichne, daß zum ersten Mal die Internationale eine planmäßige Einwirkung auf die Weltpolitik unternahme. Der Baseler Kongreß selbst hat die Bedeutung unserer Partei, hat die Bedeutung des internationalen Proletariats in dem Streitfall bewiesen; noch deutlicher ist dieser Beweis geführt worden durch die Verhandlungen des Reichstags, die vorwiegend unter dem Einfluß dieses ersten Eingriffs in die auswärtige Politik standen. Und es kann in diesem Zusammenhang ganz

besonders die Aufmerksamkeit betont werden, mit der das gesamte Haus gerade diesen Auseinandersetzungen folgte.

Nach der Erledigung der kleinen Anfragen — die übrigens zu einer verdienten Abfuhr des ewig aufdringlichen Herrn M u m m führten — wurde die Montag abgebrochene Debatte wieder aufgenommen. Herrn v. P a y e r s Gütmütigkeit ist auch durch die Erklärung des Kanzlers nicht im geringsten gestört worden. Er stimmte nach wie vor fast bedingungslos der Regierungspolitik zu. Der Pole v. T r a m p z i n s k i behandelte in scharfen Worten die preussische Polenpolitik, die bei dem Einfluß der österreichischen Polen nicht ohne Einwirkung auf die Festigkeit des Dreibundes bleiben würde. Dann erhielt Genosse Dr. D a v i d das Wort.

Seine Rede zeichnete sich nicht nur aus durch eine umfassende Beherrschung des reichen Materials, sie war auch eine rhetorische Glanzleistung, deren Wirkung auf alle Hörer außerordentlich stark war. So gern die Gegner es versuchen, solchen prinzipiellen Darlegungen mit überlegener Heiterkeit zu begegnen — diesmal ließen sie es gleich bleiben. Die Abgeordneten und die Regierungsvertreter, die das Haus füllten, konnten sich dem Eindruck der Rede nicht entziehen, der besonders tief war, als David unter Berufung auf die Tage von Basel die Zukunftshoffnungen des Proletariats entwidelte.

David wandte sich im ersten Teil seiner Rede vor allem gegen die Zumutung, die an das deutsche Volk gestellt wird, der österreichischen Kriegspartei, für die Herr Dr. S p a h n ja eine begreifliche Zuneigung empfunden hatte, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein, und er konnte einwandfrei nachweisen, daß der Dreibundvertrag eine derartig wahnsinnige Verpflichtung überhaupt nicht vorsieht. Gegen die österreichischen und gegen die russischen Kriegsheer werden wir im Einverständnis mit unseren Genossen in Oesterreich und Rußland alle Kraft einsetzen. Im Anschluß an eine Betrachtung der Balkanprobleme legte unser Redner das ausführliche Programm einer Politik der Verständigung mit England und Frankreich dar. Gegen die nationalfeindliche Politik der wütenden Rüstungen verfolgen wir den Weg, den der Baseler Kongreß uns deutlich vorgezeichnet hat.

Der Fürst v. L ö w e n f e i n - W e r t h e i m - R o s e n b e r g hatte offenbar den Ehrgeiz, in seiner Jungferrede den überaus gewandten Zentrumsdiplomaten zu spielen, und sich so als den großen Sohn eines großen Vaters vorzuführen. Er behandelte ausführlich das Manifest und die Reden von Basel, in seiner Weise natürlich, und stellte in etwas eigenwillig naiver Art die neugierige Frage nach den Absichten der Sozialdemokratie im Kriegsfall. Viel Glück hatte der vornehme Herr mit dem vornehmen Namen hierbei allerdings nicht. Seine Diplomatie erweckte eine begreifliche Heiterkeit, und er holte sich ja auch späterhin von unierem Genossen H a a l e eine Antwort, deren Deutlichkeit ihm vielleicht unerwartet peinlich war. Auch Herr Dr. D e r i e l wagte sich an diese Parteidiskussion heran. Man sieht den Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ gern die Tribüne des Reichstags bestiegen; er versteht es, mit einer gewissen rednerischen Sicherheit die Brutalität seiner Politik hinter recht angenehmen Witzeln zu verbergen. Diesen Erfolg hat aber Herr Dr. D e r i e l nur solange, als er sich darauf beschränkt, eben diese Verhöhnung zu markieren. Gern wird er bald von dem Maße des Erfolges ab, riskierte pathetische Töne, und erreichte damit nur eine Heiterkeit, die von ihm durchaus nicht gewollt war.

Die Polemik gegen diese Redner durch den Genossen H a a l e brachte diesem Tag, der unserer Politik gewidmet war, einen äußerst glänzlichen Abschluß. In präziser Argumentation antwortete er den Vorrednern und er konnte schließlich allen ganzen und halben Versuchen internationaler Verwicklung und Zersörung den starken Willen der Arbeiterklasse aller Länder gegenüberstellen: unter allen Umständen ihrer Politik den Sieg zu verschaffen.

Heute beginnt die Behandlung der inneren Politik. Als erster Redner nach dem Reichstagssekretär wird Genosse Dr. F r a n k sprechen.

Die Vorstandswahlen zu den Landkrankenkassen.

Die preussischen Minister für Handel und Gewerbe sowie für Landwirtschaft, Domänen und Forsten haben in einem Erlaß bestimmt, daß die Vorsitzenden, die anderen Mitglieder des Vorstandes und die Mitglieder des Ausschusses der Landkrankenkassen in Landkreisen durch den Kreisrat zu wählen sind. In Städten hat die Stadtverordnetenversammlung, in Landgemeinden die Gemeindeversammlung oder die Gemeindevertretung die entsprechende Wahl auszuführen.

Weiter ist hinsichtlich der Errichtung der allgemeinen Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen bestimmt worden, daß in Landkreisen durch Beschluß des Kreisrates, in Gemeinden, bei denen der Bezirk der zu errichtenden Kasse nicht über den Gemeindebezirk hinausgehen soll, durch Gemeinderatbeschluß solche errichtet werden. Dies soll in Städten durch übereinstimmenden Beschluß der beiden städtischen Körperschaften, in Städten ohne Magistratsverfassung durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung oder der Gemeindevertretung geschehen.

Reichs-Erbschaftsgesetz.

Die Frage, ob ein solches Gesetz kommt oder nicht, ist entschieden. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der zunächst den Interessenten, Direktoren und Bahnangehörigen, zugänglich gemacht werden wird. Der Entwurf soll dann veröffentlicht werden, um der Allgemeinheit Gelegenheit zur Kritik zu geben.

Armenunterstützung und Landtagswahlrecht.

Die fortschrittliche Volkspartei hat im Dreiklassenhaus am Dienstag den Antrag eingebracht, die Regierung zur Einbringung eines Gesetzentwurfes anzuhalten, durch welchen noch vor der Aufstellung der Landtagswählerlisten des Reichsgesetz von 1909 über die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte auf die Wahlen zum preussischen Landtag ausgeübt wird.

Ein christlicher Ortskrankentassen-Standal.

Die bürgerliche Presse, welche sich nicht genug über sozialdemokratische Mißwirtschaft ereifern kann und die Verfehlungen des gut bürgerlichen Rendanten der Solinger Ortskrankentasse unserer Partei in die Schuhe zu schieben versucht, sei auf folgenden Fall aus M e t t m a n n (Rheinland) hingewiesen: Die dortige Ortskrankentasse ist ganz in den Händen der Christlichen. Der Vorstand ist christlich und die Christlichen beherrschen demgemäß auch die Generalversammlung. Seit drei Jahren machten unsere Parteigenossen schon darauf aufmerksam, daß in der Verwaltung der Kasse Dinge vor sich gingen, für die der Staatsanwalt Interesse haben dürfte. Im Juli dieses Jahres schrieb die Elberfelder „Freie Presse“, daß die Unterschlagungen des Rendanten R o t h innerhalb sechs Jahren nimmere die Höhe von 6000 Mark angenommen hätten. Bei einer solch kleinen Kasse eine respektable Summe. Es ging nicht anders, als daß Roth vorläufig seines Amtes entsetzt werden mußte. Die Verhältnisse sind dann durch einen Stadtsekretär untersucht worden und dieser stellte fest, daß durch raffinierte Schwindelereien tatsächlich 6000 Mk. unterschlagen worden sind. Bereits im ersten Jahre seiner Entstellung hatte Roth mit den Unterschlagungen begonnen. Daß der Rendant sein Gehalt auf Monate voraus schon erhoben hatte und daß Entschädigungen für Miete des Kassenlokals, Licht usw. mit mehr Quartalen im Buche standen, als es im Laufe des Jahres gab, war noch da wenigste. In die Krankentassen waren fingierte Namen eingeseht, die Zahlungen der auswärtigen Firmen für ihre Arbeiter waren überhaupt nicht gebüht u. a. m. Der Rendant wurde infolge dieser gravierenden Tatsachen dann verhaftet und ins Elberfelder Gerichtsgefängnis überführt. Der Rendant der bei der ersten Vernehmung schon selber einen Teil seiner Verfehlungen eingestand und keinen Hehl daraus machte, daß in den Sitzungen des christlichen Vorstandes Branntwein getrunken wurde, der von den Kassenbeiträgen bezahlt worden ist, war ein strammer Zentrumsmann, der bei den Laurentius-Propagandisten sogar das Amt eines Vorbeters inne hatte. Und die politischen Freunde dieses Mannes sind die lautesten Schreier über sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Ortskrankentassen.

Sozialdemokrat ist nicht

der, welcher am Biertisch räsoniert, sonst aber nichts tut, sondern

Sozialdemokrat ist nur

wer für die Arbeiterfrage täglich mitarbeit, seiner Organisation angehört, vor allem aber auch

das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirkt und agitiert unablässig für den

„Lübecker Volksboten“

Die Konkurrenzklauel.

Dem Reichstage ist am Montagabend ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Konkurrenzklauel einer Neuregelung unterwirft. Der § 74 des Handelsgesetzbuches erhält folgende Fassung:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und den Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist nur gültig, wenn sie in schriftlicher Form geschlossen und dem Gehilfen bei dem Abschluß einer von dem andern Teil unterzeichneten Urkunde, welche die vereinbarten Bestimmungen enthält, ausgehändigt wird.“

In einem § 24a wird dann bestimmt, daß solche Vereinbarungen nur dann verbindlich sind, wenn sich der Prinzipal verpflichtet, für die Dauer der Beschränkung eine Entschädigung zu zahlen. Die Entschädigung muß für das erste Jahr mindestens auf ein Viertel, für das zweite Jahr mindestens auf ein Drittel und für das dritte Jahr auf den vollen Betrag der von dem Handlungsgehilfen zuletzt bezogenen vertragmäßigen Leistungen sich belaufen. Über einen Zeitraum von drei Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an darf eine Beschränkung nicht hinausgehen.

Jugendgerichte.

Die Regierung hat aus der Strafprozessreform, die im vorigen Jahre gescheitert ist, die Bestimmungen über das Verfahren gegen Jugendliche herausgenommen und sie dem Reichstage in Form einer besonderen Vorlage zugehen lassen. Nach dieser Vorlage werden für Strafsachen gegen Jugendliche bei den Kreisgerichten besondere Abteilungen gebildet. In Schöffengerichten sind in der Hauptsache Personen heranzuziehen, die in der Jugendberziehung besondere Erfahrungen haben. Auch Volksschullehrer, die sonst nicht zu Schöffen berufen werden sollen, dürfen zu Jugendrichtern berufen werden. Gegen einen Jugendlichen soll eine öffentliche Klage dann nicht erhoben werden, wenn

Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind. Wenn letzteres zutrifft, dann kann das Gericht auch ein Verfahren, das gegen einen Jugendlichen schwebt, einstellen. Wenn die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen einen Jugendlichen vor der Strafammer beantragt ist, oder sobald eine Voruntersuchung eröffnet ist, muß dem Jugendlichen von Amts wegen ein Verteidiger gestellt werden. Für Jugendliche, die keinen Verteidiger haben, soll ein Beistand zur Hauptverhandlung zugezogen werden, und zwar können hierzu auch Frauen gewählt werden. Von der Verhängung der Untersuchungshaft gegen Jugendliche soll abgesehen werden; für den Fall, daß eine Festnahme notwendig ist, soll die vorläufige Unterbringung in eine Erziehungsanstalt erfolgen. Hauptverhandlungen gegen Jugendliche sollen von anderen derart getrennt werden, daß eine Berührung mit erwachsenen Angeklagten vermieden wird. Außerdem hat das Gericht die Befugnis, für die Verhandlung gegen einen Jugendlichen die Öffentlichkeit ganz oder teilweise auszuschließen.

Der Entwurf deckt sich mit den Bestimmungen, die bereits in der gescheiterten Strafprozessnovelle enthalten sind und dürfte natürlich etwas abgeändert auch im Reichstage eine Mehrheit finden.

Ginst und jetzt.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ leisten sich das Vergnügen, die bayerischen ultramontanen Blätter, die vor Wat über die Auslegung des Jesuitengesetzes durch den Bundesrat kreischen, mit einer niedlichen Reminiszenz aus dem Jahre 1845 zu ärgern. Das liberale Blatt erzählt:

„Am 7. Dezember 1845 hat Fürst Wrede in der Kammer der Reichsräte den Antrag eingebracht, der sich gegen die beabsichtigte Zurückberufung der Jesuiten nach Bayern ausspricht.“

Und die Reichsratskammer?

Sie nahm den Antrag mit 30 gegen 6 Stimmen an und unter dieser Majorität befanden sich nicht nur vier königliche Prinzen, von denen einer heute noch lebt, sondern auch der Erzbischof Urban von Bamberg und der Bischof Richard von Augsburg.

So haben wir zweimal mitgeteilt!

Warum blieb man so still und so stumm?

Wegen der Erzbischöfe? Nein!

„Der königliche Prinz, der heute noch lebt“ — ist Prinz Luipold von Bayern.“

Zur württembergischen Proporzwahl.

die am 18. Dezember stattfindet, nahm eine am Sonntag in Stuttgart abgehaltene Konferenz, bestehend aus den Mitgliedern des Landesvorstandes, des Landesauschusses, den Kreisvorsitzenden und den bei den Bezirkswahlen gewählten Abgeordneten Stellung. Es wurde einstimmig beschlossen, bei der Aufstellung der Proporzstellen von jeder Kandidatur abzusehen. Danach waren für den nördlichen Landeswahlkreis 9, für den südlichen 8 Kandidaten aufzustellen. Das Ergebnis der Abstimmung ist, daß auf den Zettel des nördlichen Kreises gesetzt werden: die bisherigen Abgeordneten Feuerstein, Heilmann, Reichel, sodann die Gen. Erlensbuch-Bachmann, Ernst-Ehlingen, Pflüger-Stuttgart, Behr-Stuttgart, Kojmann-Ulm und Seemann-Stuttgart. Der Zettel für den südlichen Kreis enthält die Namen der bisherigen Abgg. Matutat und Wagner, ferner die Gen. Presmar-Geislingen, Will-Keutlingen, Göring-Ulm, Flaig-Schwemingen, Herpich-Stuttgart und Massisch-Stuttgart. Die Partei wird zur Proporzwahl noch einmal in eine lebhaft schriftliche und mündliche Agitation eintreten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 4. Dezember.

Zu einer kurzen Sitzung trat die Lübecker Bürgerschaft gestern abend zusammen. Nach kaum dreiviertelstündiger Dauer mußten die Verhandlungen abgebrochen werden, weil die anwesenden Vertreter des Senats sich außerstande erklärten, die Senatsvorlage betreffend den Erlaß eines Gesetzes über die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienst Erkrankten und Verunglückten sowie an deren Witwen und Waisen, so zu vertreten, wie es nach den Ausführungen unseres Genossen Hoff als wünschenswert erschien. Vom Genossen Hoff war die Vorlage zwar als ein Fortschritt begrüßt worden, aber zugleich verlangt, daß sie im Interesse der Feuerwehrleute, die ihr Leben und ihre Gesundheit beim Schutze des Eigentums anderer riskieren, verbessert werde. Den Feuerwehrleuten die zu den schlechtbezahltesten Beamten gehören, müsse das volle Gehalt weitergezahlt werden, wenn sie in Ausübung ihres Dienstes verunglücken und gänzliche Erwerbsunfähigkeit eintrete. Weiter forderte unser Redner Zulassung des Rechtsweges beim Rentenentscheid und Beseitigung der Bestimmung, welche den Wegfall der Rente vorsieht, wenn der Verletzte sich ins Ausland begibt.

Des weiteren richtete Genosse Hoff die Anfrage an den Senat, wie es mit der Ruhelohntasse für staatliche und städtische Arbeiter steht, von der man seit mehr als Jahresfrist nichts mehr gehört hat. Die Antwort vom Senatsische, daß der Senat „in Wäde“ seine Stellungnahme dem Bürgerausschuß darlegen werde, läßt leider nach den gemachten Erfahrungen nicht auf eine befriedigende Erledigung der Sache schließen. Es sind ja nur Arbeiter, um die es sich handelt.

In der nächsten Bürgerversammlung, die am Montag, dem 9. Dezember stattfindet, wird die Vorlage weiterberaten werden.

Zu Anfang der Sitzung gelangte nach unwesentlicher Debatte ein Vertrag des Staates mit der Firma Rudolph Karstadt wegen Ausführung einer Erweiterung ihres Kaufhauses mit großer Mehrheit zur Annahme. Die von vielen erwartete große Aussprache über diesen Gegenstand blieb gänzlich aus.

Der Sozialdemokratische Verein hielt am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Genosse Löwigt, gedachte zunächst der verstorbenen Genossen Marschall und Förster-Hamburg, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Hierauf wurde beschlossen, am 31. Dezember eine Silvesterfeier in der Art, wie in früheren Jahren, zu veranstalten. Mit den Vorarbeiten wurde ein liebenswürdiges Komitee betraut. Sodann hielt Genosse Stellung ein eingehendes Referat über das Wahlrecht zur Lübecker Bürgerschaft. Redner gab zunächst eine kurze Übersicht über die Geschichte der Lübecker Verfassung und des Bürgerrechtswahlrechts bis zum Jahre 1848. In letzterem Jahre habe der Senat, nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, den geschlechenden Körperschaften einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts entgegengebracht. Trotz ihres Sträubens hätten diese schließlich doch dem Drängen der Volksmassen Rechnung tragen und sich im Prinzip für das allgemeine Wahlrecht erklären müssen. Man habe aber dieses Wahlrecht mit einer sehr hohen Gebühr für Erwerb des Bürgerrechtes verquickt. Erst im Jahre 1871 sei das Bürgergeld auf 28 Mk. ermäßigt worden. Die Folge sei ein ständiger Rückgang der Bürger gewesen; in 25 Jahren haben dieselben um über 2000 abgenommen. Aus diesem Grunde sei man 1902 an eine Änderung des Wahlrechts herangetreten. Nach derselben wurde allen denjenigen das Wahlrecht gewährt, welche während der letzten fünf Jahre mehr als 1200 Mark Einkommen versteuerten. Die Folge war eine 40prozentige Vermehrung der Bürger. Bei der ersten Wahl nach Einführung dieses Wahlrechts sei die Sozialdemokratie nur durch künstliche Mittel an einem Siege in zwei Quartieren gehindert worden. Aus Angst vor der Sozialdemokratie sei dann bereits im Jahre 1904 eine gemeinsame Kommission eingesetzt worden, welche Mittel und Wege beraten sollte, wie man den bevorstehenden Siegeslauf der Sozialdemokratie aufhalten könne. Mit geradezu schofeln und gemeinen Mitteln sei damals von gewisser Seite gegen die Sozialdemokratie gearbeitet worden, nur um den Anschein zu erwecken, daß eine Verschlechterung des Wahlrechts notwendig sei. Man habe das Klassenwahlrecht propagiert, das ja auch schließlich am 7. August 1905 nach einer nur 3/4stündigen Beratung von der Bürgerschaft beschlossen worden sei. Vorher habe dieselbe Bürgerschaft unter Bruch der Verfassung sich selbst ihre Mandatsdauer verlängert. Das neugeschaffene Wahlrecht sieht eine fünfjährige Anwesenheitsdauer und außerdem eine vierfache Klasseneinteilung vor. Damit sei in Lübeck eines der schärfsten Wahlrechte in Deutschland geschaffen worden. Nach diesem Wahlrecht vertreten von 120 Mitgliedern 105 = 7/8 drei Zehntel der Wähler, während 15 = 1/8 sieben Zehntel der Wähler zu vertreten haben. An der Hand einiger Zahlen erläuterte Redner das Wahlrecht. Die Zahl der zweiklassigen Bürger sei von Wahl zu Wahl erheblich gestiegen und damit auch die sozialdemokratischen Stimmen. Mehrfach habe die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion Anträge auf Einführung eines gerechten Wahlrechts gestellt. Dieselben seien aber immer abgelehnt. Als Hauptstreiter im Kampfe gegen ein freies Wahlrecht seien die Liberalen aufgetreten. Nunmehr besprach Redner die verschiedenen Aktionen, die zur Erreichung eines besseren Wahlrechts eingeleitet werden könnten. In der Hauptsache aber komme es zunächst darauf an, das Interesse der werktätigen Bevölkerung an den Bürgerschaftswahlen zu wecken und durch eine intensive Propaganda dafür zu sorgen, daß jeder Arbeiter und kleine Mann das Bürgerrecht erwerbe, sobald er dazu imstande sei. Ferner sei es notwendig, unsere politische Organisation zu stärken, damit wir unseren Ziele, der Eroberung der politischen Macht, immer näher kommen. (Lebhafter Beifall.) In den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache, in der alle Redner zum Ausdruck brachten, daß es für die Arbeiter notwendig sei, sich um die Bürgerschaftswahlen, das Bürgerrechtswahlrecht und die liberale Kommunalpolitik zu kümmern. Auch wurden Anregungen gegeben, wie der Kampf für ein besseres Wahlrecht zu führen sei. Ein Antrag, eine besondere Kommission einzusetzen, welche besonders die Agitation für die Bürgerschaftswahlen und die Wahlrechtsfrage zu betreiben hätte, wurde zurückgezogen. Es wurde weiter zum Erwerb des Bürgerrechtes und zum Besuch der Bürgerschaftsverhandlungen aufgefordert. Im „Verschiedenen“ gab der Vorsitzende das Schiedsgerichtsurteil gegen den Genossen Salammon bekannt. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

b. **Schöffengericht** am 3. Dezember. Ein junger Kaufmann hatte die Geschäftskostenkasse zu führen. Da nun für den 19jährigen, etwas flott lebenden Menschen 110 Mark Monatsgehalt nicht ausreichten, ernahm er dieser Kasse erst 30 Mark als Selbstvorschuß auf sein Gehalt einige Tage vor dem Ersten. Wenige Tage nachdem begann wieder die schreckliche geldlose Zeit; er griff in die Kasse und zwar so tief, daß bald nichts mehr übrig blieb und auch das Monatsgehalt bis auf 5 Mark vorweg bewilligt war. Schließlich bekam er's mit der Angst zu tun und reiste ab. Sein Vater ersetzte den Betrag wieder. Wegen Unterschlagung angeklagt, wird der Kaufmann zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht nahm mildernde Umstände an und sah von einer Gefängnisstrafe ab, die auf 6 Wochen beantragt war. — Der Mutter ihres Bräutigams wollte das Dienstmädchen F. eine Freude machen. Sie sandte ihr 1 Tischläch, 7 Handtücher und 4 Servietten. Die Beschenkte nahm diese Liebenswürdigkeit nicht an, sondern sandte das Geschenk zurück, denn es war aus der Festhalle gestohlen, wo die Beschenkte in Stellung war. Die Wäsche wurde wieder an ihren Platz gelegt, doch wußte eine Zweite um diese Geschichte, die so zur Anzeige gelangte. 4 Tage Gefängnis werden wegen dieses Diebstahls verhängt. — In Travemünde konnte ein ganz junges Dienstmädchen K. ebenfalls Verschiedenes nicht liegen lassen. Sie steckte eine Zunderdose, einen Herrenschlips, zwei Taschentücher, ein Vergrößerungsglas — alles notwendige Sachen für das unerfahrene Ding! — zu sich, auch passende Damenkleider und Schuhe stellte das Mädchen beiseite. Auf zehn Tage Gefängnis lautet das Urteil. — Der Tailer T. soll in gereiztem Zustande einen Lehrer beleidigt und damit nicht nur diesen, sondern den ganzen Lehrerstand gekränkt haben. Er sagte u. a., Lehrer sein sei keine Kunst, das könne jeder. Ferner, der Lehrer solle sich erst mal den Wind um die Ohren pfeifen lassen, den sich der Angeklagte als Seemann um die Hörgänge fäneln ließ. Ein Lehrer, der vor den Kindern sage, sie könnten auf keinem Grundstück machen was sie wollten, sei kein Lehrer. Diese unbedachten Äußerungen muß F. mit 30 Mark Geldstrafe büßen oder 10 Tage Krummen. Beantragt waren 50 Mark. — Der Matrose J. und der Arbeiter F. sind auf einem regelmäßig hier anlaufenden Dampfer beschäftigt. Sie haben beim Getreideausladen mehrere Wochen den Fegsel gesammelt, es wurden mit der Zeit zwei ordentliche Säcke voll Hafer, die bei Nacht davongetragen wurden. Dem Kriminalbeamten gegenüber, der die beiden anhief, gab J. den Diebstahl nur zu, um der sofortigen Verhaftung zu entgehen. Der Kapitän glaubt nicht an einen Diebstahl reiner Hafer der beiden, dazu sei erstens keine Zeit gewesen und zweitens hätten sie viel günstigere Gelegenheiten zum Stehlen wertvollerer Sachen gehabt. Das Gericht erkennt auf Freispruch. — Anklagen wegen Verhinderung eines Eisenbahntransports beschäftigen oft das Schöffengericht. Meist handelt es sich um Zusammenstöße mit

der Elektrischen, bei denen der Geschädigte hinterher noch eine Anklage zu gewärtigen hat. In der heutigen Verhandlung wurde bei einem Schlichterergesellen der auslegungsfähige Paragr. mit dem Übertragungsparagr. der Straßenbahnordnung verhandelt und der Angeklagte zu 5 Mark Strafe verurteilt. Ein Arbeiter, der die Wahl hatte, von entgegenkommenden Fuhrwerken und Elektrischen jermalm zu werden oder auf gut Glück mit seinem Rad die Elektrische zu schneiden, wählte den letzteren Weg, der ihm außer einem kräftigen Rippenstoß ein kaputtes Rad einbrachte. Er wird freigesprochen, beantragt war 20 Mark Geldstrafe. — Der Schneidergeselle R. mußte wiederholt um seinen verdienten Lohn vorstellig werden. Als ihm der Meister endlich 20 Mark zum Wechseln gab, reiste er mit dem „Guchs“ nach Hamburg und suchte sich andere Beschäftigung. Während der Arbeitsuche ging das Geld fluten. Der Unterschlagung bezichtigt, wird ihm eine Woche Gefängnis aufgeschafft. 4 Tage erlittene Unterjuchungshaft werden von 8 Tagen angerechnet. — Ein junger Berliner Arbeiter P. wollte mit einem Freunde Lübeck ansehen. Der hatte 34 Mark in der Tasche, mit denen er die Zeche bezahlen wollte. Mit der Zeit hatte sich dessen Laune geändert, er ließ den Freund im Stich. P. war mittellos; um dem Dalles abzuhelfen, setzte er sich auf ein Fahrrad, das an der Post stand, und fuhr nach Hamburg. Dort nahm ihn missamt dem Rad die Polizei in Empfang. Er wird unter Berücksichtigung mildernder Umstände mit sechs Wochen Gefängnis bestraft. Fahrraddiebe würden, so heißt's begründend, selten gefaßt und müßten als gemeingefährlich schwer bestraft werden.

Strassenperre. Wegen vorzunehmender Siedbaurarbeiten ist die Straße Jünshausen am Mittwoch, dem 4. Dezember d. J. für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Gefundene Gegenstände. Im Monat November d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeleistet bezw. abgegeben und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, sowie einige Lose Geldbeträge, 3 goldene und 1 silberne Damenuhr mit Kette, 1 goldenes Kettenarmband, Damengürtel, Damenhandtaschen, 1 Pferdebede, 1 Kiste mit Weizenmehl, 1 Borhomb, Kragen und Schlips, 2 Damen-Regenschirme, 1 Schildpatt-Haarpeil und -Spange, 1 Schulturnier, Zirkelkasten und Federhalter mit Inhalt, 1 Kinder-Pelzboa, 1 Paket mit Handarbeit, 1 Rolle Packpapier, 1 Bündel Schülerfahrkarten, 1 Paar Damen-Handschuhe und 1 Peitsche.

Väter und Mütter der Arbeiterchaft!

Schickt eure schulentlassenen
Söhne und Töchter zu den
Veranstaltungen der :: ::
Freien Jugend Lübecks!

Einfuhr von dänischem Vieh. In der Zeit vom 24. bis 30. November gestaltete sich die Einfuhr von dänischen Rindern nach den deutschen Quarantäneanstalten wie folgt: Apenrade 1292, Flensburg 286, Kiel 314, Lübeck 686, Rostock 300, Altona 365, im ganzen 3183 Stück. Davon über Kolding 1784 Stück. — In geschlachtetem Zustande wurden 2125 Stück Großvieh, 300 Kälber, 65 Schafe und 875 Schweine eingeführt.

Handwerk und Zünfte in Lübeck von J. Warnke. Lübeck 1912. Verlag von Gebrüder Borchers G. m. b. H., Lübeck, Ostka, 151 Seiten. Mit 80 Illustrationen. Preis geheftet Mk. 1,80, geb. Mk. 2,70. Der Verfasser, seit Jahren Mitarbeiter am Museum für Lübeckische Kunst- und Kulturgeschichte, hat hier ein grundlegendes Werk der Geschichte des Handwerks geschaffen, das mit der Gründung der Städte beginnend, sich bis zur Aushebung der Zünfte erstreckt und zahlreiche Erinnerungen an diese festhält. U. a. erfahren auch die originellen Zunftgebräuche eine eingehende Behandlung. In den Kreis der Betrachtung sind alle in Frage kommenden Gewerbe gezogen, z. B. die Kerzengießer, die Lohgerber, die Fischer, die Reppschläger, die Bildschnitzer, die Glockengießer, die Schmiede, die Schneider, die Bäcker, die Säufner, die Maurer, die Zimmerleute, die Kannen- oder Zinngießer, die Knopfmacher, die Chirurgen, die Barbierer, die Tischler, die Töpfer, die Goldschmiede, die Schiffszimmerleute, die Schlachter, die Buntfärber (Fesler), die Knochenhauer (Schlächter), die Fleischaufträger, die Brauer, die Stellmacher, die Maler, die Böttcher, die Messerschmiede usw. Die Illustrationen geben in feltener Reichhaltigkeit die „Laden“, die „Regimentshöfzer“, die „Kundschaften“, die „Wiltkomm“-Becher, die „Siegel“ die „Mandate“, die „Kollen“ usw. wieder. Das Werk verdient in weiten Kreisen Beachtung.

Hansa-Theater. Die Direktion des Hansa-Theaters weist darauf hin, daß die Vorstellungen in diesem Programm schon um 8 1/2 Uhr beginnen. Die Direktion hat diese Anordnung getroffen, damit sie imstande ist, dem Publikum dies Reiseprogramm unverfälscht zu zeigen.

Handelsregister. Am 3. Dezember 1912 ist eingetragen bei der Firma Lübecker Eisenbetonwerk Emil Scheufler, Lübeck: Die Firma ist erloschen.

pb. Entworfener Paletot. Aus dem Lehrzimmer einer Schule in der Moislinger Allee ist gestern mittag zwischen 12 und 1 Uhr ein Paletot gestohlen worden. Der Paletot ist aus Marengostoff gefertigt, in dem Aufhängel steht der Name Fies, Jadenburger Allee.

pb. Verhaftung. Festgenommen wurden 2 Arbeiter von hier, welche mehrere Dachrinnen von den Gebäuden der alten Irrenanstalt gestohlen hatten.

pb. Raub. Gestern vormittag wurde einem Arbeiter auf dem Wege nach Krummesse ein Portemonnaie mit 11 Mark von 3 Arbeitern gewaltsam entziffen. Bei den sofort aufgenommenen Ermittlungen gelang es einen der Beschuldigten festzunehmen.

Altona. Wer begnadigt wird. Dem ehemaligen Kommerzienrat Möller (Wachsmöller) ging Montag die Mitteilung zu, daß ihm der Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen sei, falls er sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nichts zuschulden kommen läßt.

Elmsborn. Tödl. verbrüht. Das 16jährige Dienstmädchen Martha Wagner des Herrn Knecht geriet Montag abend, als es allein den verschlossenen Hof der Lederfabrik Knecht & Söhne betrat, in ein Heißwasserloch. Dienstag mittag ist das Mädchen, dessen Körper stark verbrüht war, im Krankenhaus gestorben.

Reudsburg. Zwischen Forstbeamten und Wilderern kam es in den Wäldern bei Kronsburg zu einem Zusammenstoß. Auf der Försterei zu Kollshorner Holz wurden nachts Schüsse vernommen. Der Ausschere und zwei Forstlehrlinge gingen den Schüssen nach, plötzlich traf der eine Forstlehrling auf drei Wilderere. Er forderte sie zum Hinwerfen der Flinten auf, in demselben Augenblick wurde auf ihn geschossen. Die Kugel traf seine linke Brustseite, blieb aber, da der Getroffene ein Notizbuch in der Brusttasche trug, und dieses den Schuß abfingerte, in der Tasche stecken. Da die Wilderere entkamen, verteilten sich die Beamten zur Verfolgung. An einer Walbede traf wieder derselbe Forstlehrling mit den Wilderern zusammen, es wurde wieder auf ihn geschossen, doch ohne zu treffen. Die Wilderere entflohen nach Hagmoor. Eine Kazzia mit Polizeihund verlief ergebnislos.

Schwerin. Die mecklenburgische Verfassungsfrage vor dem Reichstag. Der Reichstagsabgeordnete für Rostock, Gen. Dr. Herzfeld, hat folgende Anfrage an den Reichstag eingebracht: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, nachdem alle bisherigen Verfassungsentwürfe der mecklenburgischen Regierungen von dem mecklenburgischen Ständetage abgelehnt wurde, und der letzte, von ihm abgelehnte, aber von den Regierungen von neuem zur Beratung gestellte Verfassungsentwurf die ständische Verfassung und die politische Rechtfertigung des mecklenburgischen Volkes im wesentlichen aufrechterhält, aber Bestimmungen enthält, welche das Interesse des Reichs an der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Bundesstaats erheblich verletzt, durch die Reichsgesetzgebung die mecklenburgischen Verfassungszustände zu ordnen? — Diese Frage wird am Freitag von der Regierung beantwortet werden.“

Bremen. Sozialpolitische Rückständigkeit. Die sozialdemokratische Fraktion der bremischen Bürgerschaft hatte vor einiger Zeit einen Vorstoß unternommen, daß bei Staats- und Kommunalarbeiten stets tarifliche Löhne gezahlt werden sollten. Auf ihren Antrag hatte die Bürgerschaft über diese Angelegenheit einen Bericht eingefordert; in einem Falle, über einen vorzunehmenden Schleusenbau, erstattete die Behörde bereits Bericht. Auf ihren Antrag nahm die Bürgerschaft Abstand, den Unternehmern, die staatliche oder städtische Arbeiten ausführen, die Bedingungen tarifmäßiger Löhne und Arbeitsbedingungen aufzulegen. Die Stadt Bremen hat in kurzem große Abwässerungs-sanifikationsarbeiten vorzunehmen. Die Handelskammer in Bremen hat jetzt auf Eruchen des Senats ein Gutachten darüber erstattet, ob bei diesen Arbeiten tarifmäßige Löhne und Arbeitszeit vorgeschrieben werden sollen. Wie in Bremen nicht anders zu erwarten, erhebt sie „gegen herartige Bestrebungen entsetzten Widerspruch“. Die Tarifverträge bedeuteten stets eine bedeutende Stärkung der organisierten Arbeiterchaft und das müsse vermieden werden. In den „wirtschaftlichen Gegenständen freier Bürger müsse der Staat sich streng neutral“ verhalten. Das ist eine kleine Blütenleise aus der Begründung ungläublicher sozialpolitischer Rückständigkeit. Das Schönste aber ist, daß auch die Gewerkekammer und der Senat sich vollinhaltlich dem Gutachten anschließen. Und das wird auch das Plenum der Bürgerschaft in seiner großen Mehrheit tun. Diese Rückständigkeit kann nur dann voll gewürdigt werden, wenn man bedenkt, daß Bremen, worauf immer wieder hingewiesen werden muß, eine unbestrittene Domäne des Liberalismus ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Breslauer Justiz. Wegen „Belästigung von Unorganisierten“ durch Sticheleien, vor allem durch die Drohung: „Wenn Du nicht in den Verband gehst, kannst Du allein in der Festhalle arbeiten“, war ein Breslauer Baudelegierter zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Seine Berufung gelangte an die Strafkammer des Direktors Jansse, die wegen ihrer harten Urteile bekannt ist. Der Vorsitzende nannte das Verhalten des verurteilten Baudelegierten „niederträchtig und gemein“, meinte zu ihm: „Das ist wohl Ihre Freiheit, die Aufhebung von Gesetz, Ordnung und Moral!“ und rief schließlich aus: „Es trifft sich merkwürdig, daß dieser Streich gegen die Freiheit des Arbeitswilligen gerade in der Festhalle geschehen muß, die zur Erinnerung an die Befreiung Preußens gebaut wird!“ Es bleibt bei der Woche Gefängnis.

Die gefährliche „Göttin der Freiheit“. Ein schlimmer Tendenzprozeß, der an die Zeiten des Ausnahmegesetzes erinnert, wurde vor dem Landgericht in Dresden verhandelt. Im Dezember v. J. hatte der freie Turnverein in Gruben bei Meißner einen Familienabend abgehalten. Dort wurden lebende Bilder gestellt, bei denen ein Mädchen als Göttin der Freiheit mitwirkte. Der Vorsitzende des Vereins, ein Maurer, wurde dann später angeklagt wegen Veranstaltung einer nicht angemeldeten Festlichkeit, und außerdem wegen Tragens republikanischer Abzeichen. Es wurde behauptet, daß das Mädchen eine rote Fahne in der Hand gehalten habe. Vor dem Schöffengericht in Meißner wurde der Vorsitzende freigesprochen, nachdem 11 Zeugen abgehört waren. Später wurde das Mädchen, das die Göttin der Freiheit dargestellt hatte, wegen Meinungs angeklagt, weil sie besaß, daß die Fahne rot gewesen sei. Sie befand sich seit dem 17. August in Untersuchungshaft. Im Prozeß vor dem Landgericht wegen Fallscheides wurde sie jetzt zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, trotzdem Zeugen zu ihren Gunsten ausgingen. Außerdem wurden nach Schluß der Verhandlung zwei Zeugen wegen Meinungsverdachts in Haft genommen, ein Turnwart des Arbeiterturnvereins und ein anderes Mädchen. Sie sollen vor das Schwurgericht gestellt werden. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Giese-Dresden, setzte dem Hauptbelastungszeugen, einem Professor, ziemlich scharf zu; er sagte ihm, daß er doch irren könne. Aber der Betreffende sagte aus, daß er durch den Amtshauptmann besonders ermahnt sei, der Sache nachzugehen.

Duell-Kauferei. Vor der Strafkammer Straßburg i. E. hatten sich der Sohn des elsaß-lothringischen Staatssekretärs Baron Klaus v. Bulach und der Student Rebe wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen zu verantworten. Infolge einer nächtlichen Holzerei in einem Straßburger Café kam es zu einer Forderung. Das Duell verlief wie die meisten: es wurden mit dem Säbel ein paar Hiebe in der Luft herumgeschlagen; außerdem waren die Kämpfer so bandagiert, daß beinahe gar kein Tropfen Blut fließen konnte, um die verletzte Ehre wieder zu reparieren! Aus diesem Grunde beantragten die Verteidiger auch von keinem Zweikampf mit tödlichen Waffen zu sprechen. Das Urteil lautete für beide Duellfege auf die Mindeststrafe von 3 Monaten Festungshaft.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Von meinen besten Kuchentaten
Sei hier jetzt ein Rezept verriaten
Für Teegebäck, so knusprig lecker,
Als wärs vom besten Zuckerbäcker:
Palmonabutter rühret man
Ein halbes Pfund recht schaumig an,
Fügt *Pulverzucker* langsam bei
(Ein halbes Pfund) bis glatt der Brei.
Dann gibt man auch noch *Mehl* dazu
(Ein halbes Pfund) und rühret im Nu
Von *sieben Eiern Schnee* hinein
Etwas *Vanill*, so schmeckt es feier.
Dann lässt auf Blech den Teig mar, fließen
Portionenweis und bäckt dann diesen
Ja nicht zu jäh, das ist sehr wichtig,
Denn so allein gelingt es richtig!

Palmona = Pflanzenbutter-Margarine
wird nur von **H. Schlinck & Co. A. G.** hergestellt.
Hamburg

4441

Geschäftsübernahme.

Meiner werten Kundschaft, sowie einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich wegen andauernder Krankheit meiner Frau mein Geschäft **Herrn Hermann Schulz** übergeben habe. Für das mir geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, selbiges auf meinen Nachfolger zu übertragen.
Hochachtungsvoll **E. Kammann, Bäckermeister.**
Auf obiges bezugnehmend, werde ich bemüht sein, meine mich beehrende Kundschaft prompt und reell zu bedienen und bitte ich, mein junges Unternehmen gütigst zu unterstützen.
Mit Hochachtung **Hermann Schulz, Bäcker u. Konditor.**
Wickedeßstraße 20.
NB. Gebe rote Rabattmarken.

5485

Ausstellung und Verkauf

modernen Jugendschriften,
empfehlenswerten Büchern

in allen Preislagen

künstlerisch. Wandschmuck

und interessanten, belehrenden

Gesellschaftsspielen aller Art

im „Gewerkschaftshaus“

Zimmer Nr. 4, part.

Die Ausstellung ist geöffnet:

Sonnabend, 7. Dezember, ab 7 Uhr abends.
Sonntag, 8. Dezember, ab 5 Uhr nachmitt.
Dienstag, 10. Dezember, ab 7 Uhr abends u.
Sonntag, 15. Dezember, ab 5 Uhr nachm.

Auffsehen erregt die Einführung von Ragoda.

Zur schnellen Einführung von Ragoda-Schnellwaichmittel geben wir um nämlich die großen Reklamekosten zu sparen gratis und franco gegen Einsendung der Gutscheine von 15 Pfd. bis 1. April 1913 (bis Ende 1913 dann nur noch auf 30 Pfd.) wertvolle Geschenke z. B.:

1 echt silbernes Kollier gest. 800 1600 mit echten Steinen, hochfein, also echt Silber mit echten Steinen, verschiedene Muster und was kostet solcher Wertgegenstand in den Läden? Das Kollier wird nicht mitbezahlt, sondern extra geschenkt. Man hält es kaum für möglich, aber wir machen es, um Ragoda dadurch schneller einzuführen. Ragoda ist unübertroffen und gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nachweislich als bestes Waschmittel. Ein Versuch überzeugt. 1 Pfd. kostet nur 25 Pfg. Ueberall zu haben.

Schumann & Wille, Wittenberge.

(4745)

Ein Sieg der deutschen Industrie!



LUPA
Cigaretten

2 Pfg. das Stück

Oriental Tabak u. Cigaretten-Fabrik, Yenidze, Dresden
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen

Cocosa
feinste
Pflanzen-Butter
MARGARINE

Unübertroffen bestes Butter-Ersatzmittel der Gegenwart. Wohlgeschmeckend nahrhaft und bekömmlich. — Ueberall erhältlich. Alleinige Fabrikanten: HOLL. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhd.).

Trinkt

Bunte Kuh-Kümmel

Empfehlen
Brennerei Dantschke.

Hasenelle
Kamin, Fuchs, Marder, Stitz usw.
Pferdehaare
Mähnen, Rutschweißhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Bahnh. 22a.

Bienenfleiss

rein deutsche Honig-Arten und Raffinade, ohne die minderwertigen Zusätze gewöhnlicher Surrogate.

5517

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

76. Sitzung. Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück, Dr. Visco.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Dr. Müller-Meinigen (Wpt.): Werden die verbündeten Regierungen noch in der laufenden Session einen Theatergesetzentwurf vorlegen?

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Grundzüge eines Theatergesetzentwurfes sind ausgearbeitet und werden in den nächsten Tagen den Kreisen der Interessenten, Bühnenunternehmer und Bühnenangestellten zur Prüfung zugehen. Gleichzeitig wird eine Veröffentlichung dieser vorläufigen Entwürfe stattfinden. Bevor die verbündeten Regierungen eingeladen werden zu dem Entwurf Stellung zu nehmen, wird den Kreisen der Beteiligten nochmals Gelegenheit gegeben werden, zum Entwurf ihrerseits Stellung zu nehmen. Es werden dazu Anfang Januar aus den Kreisen der Bühnenmitglieder und Bühnenunternehmer Vertreter einberufen werden zu einer Besprechung. Von dem Fortgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, wenn der Gesetzentwurf vorgelegt werden wird.

Dr. Mümm (Wpt.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen das Bühnenweihfestspiel „Paris“ demnächst schußfrei wird und daß weite Kreise unseres Volkes für eine reichsdeutsche Gescheßbestimmung sowie für eine internationale Konvention eintreten, um ungeeignete Darbietungen dieses Festspiels zu Erwerbzwecken unmöglich zu machen? (Stf.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Visco: Es ist dem Herrn Reichskanzler bekannt (gr. Stf.), daß nach den Vorschriften der §§ 29 bis 34 des Gesetzes vom 19. Juli 1901 der Schutz der veröffentlichten Werke Richard Wagners mit Ablauf des nächsten Jahres endigt. Es ist dem Reichskanzler ebenfalls bekannt, daß von verschiedenen Seiten eine Erneuerung des Schutzes des Bühnenweihfestspiels „Paris“ über die nach dem geltenden Recht bestehenden Grenzen hinaus angestrebt wird. Zu der Frage, ob Maßnahmen des Reichs im Sinne dieser Bestrebungen angezeigt und Erfolg versprechend sind, haben bisher die verbündeten Regierungen keine Stellung genommen. (Geneute Heiterkeit.)

Dr. Liebknecht (SD.): Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und welche Maßregeln getroffen und geplant sind, um das Gebiet des Deutschen Reichs gegen die Einschleppung der Cholera auf dem Balkan zu schützen, und ob und inwieweit die Reichsregierung zu diesem behufe ein gemeinsames Vorgehen mit den Regierungen anderer Staaten in die Wege geleitet hat.

Ministerialdirektor Dr. v. Jonquieres: Nach den vorliegenden amtlichen Nachrichten ist die Cholera im türkischen Peere vor Konstantinopel aufgetreten, doch fehlen genaue Angaben über ihre Verbreitung. In Konstantinopel selbst sind in der Zeit vom 5. bis 25. November 615 Erkrankungsfälle, davon 292 mit tödlichem Ausgang festgestellt worden. Die mehrfach in der Presse verbreiteten Nachrichten über Verschleppung der Seuche nach anderen Orten der Balkanhalbinsel sind amtlich nicht bestätigt. Angesichts dieser Sachlage, die an und für sich keinen Anlaß zur Besorgnis gibt, sind die deutschen Vertretungen in allen in Betracht kommenden Städten angewiesen worden, dem Gesundheitszustand in ihrem Amtsbezirk besondere Aufmerksamkeit zu zuwenden, und gegebenenfalls über das Auftreten der Cholera telegraphisch zu berichten. Außerdem ist angeordnet, daß Schiffe, die aus türkischen Häfen des Schwarzen

Meeres, des Bosporus, des Marmara-Meeres und des Ägäischen Meeres nach deutschen Häfen kommen, nur nach ärztlicher Untersuchung zum freien Verkehr zugelassen werden. Schiffe aus nichttürkischen Häfen des Schwarzen und des Ägäischen Meeres sind der besonderen Aufmerksamkeit der Gesundheitsbehörden empfohlen. Die Einfuhr von Leibwäsche, getragenen Kleidern, gebrauchten Belten, Lumpen aus der Türkei ist aus anderem Anlaß bereits verboten. Im übrigen unterliegt der Warenverkehr nicht der Gefahr der deutschen Einschleppung. Ein weiteres Einfuhrverbot kommt daher nicht in Betracht, ebensowenig Maßnahmen zur Überwachung des Verkehrs auf den Eisenbahnen, da ein unmittelbarer Verkehr mit den verfeuchten Gegenden zurzeit nicht stattfindet. Aus diesem Grunde ist auch davon abgesehen worden, von Reichs wegen die Überwachung der aus der verfeuchten Gegend eintreffenden Reisenden anzuordnen. Eine Maßregel, die erfahrungsgemäß schwer durchführbar ist. Andere Maßnahmen kommen nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft nicht in Frage. Danach liegt der wirksamste Schutz gegen Seuchen nicht in den ehemals beliebten Abwehrmaßnahmen, sondern in der möglichst vollkommenen Ausdehnung des Gesundheitsdienstes im eigenen Lande. Auf dieser Anschauung beruht auch die internationale Übereinkunft betr. Maßregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber, deren Bestimmungen es überflüssig machen, mit anderen Staaten besondere Vereinbarungen für den vorliegenden Fall zu treffen.

Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Die auswärtige Politik.

2. Tag.

Abg. v. Payer (Wp.): Die Rede des Reichskanzlers ist draußen und im Hause günstig aufgenommen worden. Wir sind mit seiner auswärtigen Politik zurzeit einverstanden. Unsere Diplomatie hat erfolgreich sich bemüht, den Frieden zu vermitteln und unser Ansehen zu wahren. (Bravo!) Land und Presse sind nicht mehr so nervös wie zur Zeit der Marokkofrise. Die Alldeutschen freilich verlangen, daß wir bald dieses, bald jenes Land erobern. Hätten wir aber einen Teil von Marokko genommen, so müßten wir heute dort ein Armeekorps haben, und das würde unsere Stellung nicht stärken. Von viel höherem Wert als Land ist das Vertrauen in die Uneigennützigkeit, Ehrlichkeit und Selbstbeherrschung einer Nation. (Sehr richtig links.) Dann gibt es wieder Leute, die den Krieg mit England für unbedingt notwendig halten. So Herr v. Seydewitz. Auch die konservative Presse leistet viel in papierenerm Blutvergießen. Kriegslüster sind schließlich bei uns noch die politisierenden Mitglieder, die überall nur Schaden anrichten. Eine andere Erscheinung ist die Häufung von Volksversammlungen und internationalen Kundgebungen der Sozialdemokratie. Wir brauchen wahrlich nicht das Proletariat, um unsere Regierung zur Friedensliebe zu veranlassen, und wenn wir wirklich zum Schwerte greifen müssen, so liegen schließlich so schwerwiegende Gründe vor, daß alle Volksversammlungen der Welt nichts daran ändern können. (Sehr richtig! bei der Volksp.) Herr Ledebour, dem es offenbar wohl getan hat, daß er wieder einmal in eine Kirche hineingegangen ist (Heiterkeit), hat den Baseler Kongreß so geschildert, daß ich den Eindruck bekam, daß der Kongreß mehr einem Missionstest geglichen hat. (Gr. Heiterk.) Aber die Haltung der Kongreßteilnehmer scheint mir an einer inneren Unwahrheit zu leiden. Wenn es ernst wird, so werden die Vaterlandsliebe und die Sorge um Haus und Hof, um Weib und Kind, weit mehr den Ausschlag geben, als das Solidaritätsgefühl des internationalen Proletariats. (Veh. Zustimmung bei der Volkspartei.) Leicht fallen auf solchen Kundgebungen Äußerungen, die einer Mißdeutung fähig sind. Davon kann ja auch der Abg. Scheidemann von Paris her ein Lied singen. — Die Balkanwirren haben das Gute gebracht, daß der Dreißund eine innere Stärkung erfahren hat. Auch wir wollen nicht Österreich blindlings

folgen. Das lag aber auch nicht in den Worten des Reichskanzlers. Der Wert eines Bündnisses liegt vor allem darin, daß es zu einem Ernstfall nicht zu kommen braucht. (Sehr richtig! bei der Volksp.) Was helfen aber alle Friedensversicherungen einem Volke gegenüber, das daran glaubt, andere laurten nur darauf, über es herzufallen. Wir dürfen nicht meinen, daß die Diplomaten die Völker dynastischer Interessen wegen in den Krieg treiben. Die Diplomaten und Dynastien scheuen die Verantwortlichkeit, weit eher sind es heute die Völker, die zum Kriege treiben. Kriege werden heute anders beurteilt als früher. Jetzt verwirrt der Reichskanzler im Augenblick der Aufteilung der europäischen Türkei jeden Gedanken an Landerwerb; vor 30 Jahren hätte man das noch als Schwäche ausgelegt. Ebenso mißlingt es heute, wenn ein Kleinstaat einen Großstaat in der Hoffnung herausfordert, ein anderer Großstaat werde ihm helfen. Nicht notwendig war es, wie Herr Baffermann das tat, der Seeresverwaltung Bianco-Vollmacht zu erteilen. Unsere Rüstung reicht vollkommen aus, und es ist gefährlich, der Regierung die Vermehrung der Seeresausgaben direkt anzubieten. (Sehr wahr! links.) Unser Bestreben muß nach wie vor sein, die Türkei in ihren Bemühungen zu unterstützen, ihre Kultur der europäischen nahezubringen. So nüchtern wie wir wird wohl kein Parlament der Welt eine solche Debatte führen. (Zuruf: Das ist aber kein Vorzug!) Doch, sachliche Dinge kann man im kritischen Moment nicht sachlich genug behandeln. (Zustimmung.) Alle Redner haben sich mit der Politik der Regierung einverstanden erklärt. Auch Herr Ledebour hat nicht gesagt, worin die bisherige Politik der Regierung falsch gewesen sei, oder wie sie es hätte besser machen können. Gegner der Friedenspolitik der Regierung wird er jedenfalls auch nicht sein. Seiner Mahnung an die Regierung, auch ferner kaltes Blut zu bewahren, schließen wir uns an. Wenn die Regierung, wie bisher, mit Ruhe und Festigkeit für den Frieden eintritt, wird sie die große Mehrheit des Reichstages hinter sich haben. (Bravo! links.)

Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann erklärt auf eine geistige Anfrage des Abg. Dr. Spahn, daß der spanisch-französische Marokkovertrag unsere Interessen nicht verletzt.

v. Trampczinski (Wole): Der Abg. Spahn warf gestern die Frage auf, ob nicht die preußische Außenpolitik unser Bündnis mit Österreich ungünstig beeinflusst hat. Graf Ranke verwahrte sich gegen jede Einmischung anderer Länder in unsere innere Politik. Mit Unrecht; man darf nicht vergessen, daß 60 Prozent aller österreichischen Soldaten Slaven sind. Würde die österreichische Regierung ähnliche Maßnahmen gegen die Deutschen treffen, wie die preußischen gegen die Polen, so würde das Bündnis nicht aufrecht zu erhalten sein, es würde scheitern an der allgemeinen Unterstützung. Bei der Unterdrückung der Polen sind der preußischen Regierung alle moralischen Bedenken fremd. Formell hätte die österreichische Regierung das Recht, zu gunsten der Polen zu intervenieren; denn nach der Wiener Kongressakte von 1815 sollen den Polen Einrichtungen zuteil werden, die ihre Nationalität sichern. (Hört, hört! bei den Polen.) Aber die Realpolitik hat so zugenommen, daß das Wort „halten“ aus der Mode gekommen ist. Ihren Schändlichkeiten gegen die Polen hat die preußische Regierung mit dem Enteignungsgesetz die Krone aufgesetzt.

Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

v. Trampczinski (fortfahrend): Ich bin der deutschen Sprache nicht so weit mächtig, um einen andern Ausdruck finden zu können. (Heiterkeit und Bravo! bei den Polen.)

Dr. David (SD.): In der Tat ist die polnische Frage keineswegs eine nur innere preußische Frage. Das preußische Vorgehen gegen die Polen hat die Stellung Deutschlands zu Österreich nicht erleichtert. In dem Punkte stimmen wir mit der Regierung überein, daß der Friede unter allen Umständen

lassen, meine Schwester kammerte sich mit ihren kleinen Armen an mich und rief in herzzerreißendem Tone: „Fritz, verlaß uns nicht!“

„Beruhige dich,“ jagte der Vater, „der wird es noch am besten haben; hättet ihr es nur auch so!“

„So muß denn die Gemeinde für fünf Würmer sorgen,“ rief grimmig der Ortsvorsteher. „Wenn wir nur noch die alten Gesetze hätten, da könnte kein Bettelstuch zu uns herein heiraten, das wir hernach ernähren müßten.“

So ging's noch eine Weile, dann kiez der Meister Hellwig seinen Wagen anspannen, um abzufahren. Ich sollte gleich mit.

Der Vater sollte mit den Kleinen auf Kosten der Gemeinde noch einige Tage in seiner alten Wohnung verbleiben, bis man die Kinder untergebracht. So schaffte man den Hausrat dann wieder hinein. Gleich darauf kam der Meister Hellwig auf seinem offenen Wagen angefahren, mein Bündel war rasch geschnürt und ich nahm Abschied. So schwer ist mir nie wieder ein Abschied geworden, wiewohl ich hoffen konnte, in bessere Verhältnisse zu gelangen. Auf der ganzen Fahrt weinte ich still vor mich hin und dachte an das bekümmerte Gesicht des Vaters und an die Geschwister, die ich immer noch ihre Hände nach mir strecken sah. Meister Hellwig tröstete mich, so gut er konnte, aber als wir die Türme der Stadt in der Ferne auftauchen sahen, da wurde auch er sehr nachdenklich.

„Sie bringen mir einen bösen Begriff von den Bauern bei,“ jagte Hermine. „So können aber doch nicht alle Bauern sein.“

„Gewiß nicht, auch nicht allzu viele,“ antwortete Fritz Born. „Aber die Bauern sind da, wo man sie mit der modernen Entwicklung nicht in Verbindung gebracht hat, zu dem geworden, was sie werden mußten, ein rückständiges Element. Immer hat der Bauer auf seinem Stück Erde geessen und so eng begrenzt wie dieses ist auch seine Lebens- und Weltanschauung geworden. Die Scholle festet den Bauern so an sich, daß er mit mir eins wird; deshalb ist er oft solch ein Egoist. Die Herren haben ihn Jahrhunderte hindurch ausgeplündert, darum befürchtet er stets, andere wollten auf seine Kosten leben. Er ist freilich nicht von selber so geworden, man hat ihn zu dem gemacht, was er ist.“

„Wird denn der Bauer immer so bleiben?“

„O nein, er ist bereits im Wandlungsprozess begriffen. Seitdem sich die Industrie ihre Arbeitskräfte auf dem Lande sucht und die Verschuldung des Bodens überhand nimmt, ist es schon bedeutend anders geworden.“

„Fallen Sie denn eine solche Entwicklung der ländlichen Verhältnisse für heilsam?“

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Klos.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die Särge wurden schnell ohne weiteres in das Grab gefenkt, und die Träger entfernten sich, ohne ein Wort zu sagen. Das war uns ganz recht so, denn was hätten uns die Leute sagen können, die sich fürchteten, uns nur eine freundliche oder bedauernde Miene zu zeigen! Mein Vater mußte das Grab selber zuschaukeln und es wurde ihm recht schwer.

„Aber was haben Sie?“ unterbrach Born sich, denn er sah, wie über Hermine's Wange langsam eine Träne niederrollte.

„Welch ein bitterer Fluch ist doch die Armut!“ jagte Hermine mit bewegter Stimme. „Ich fühle mit Ihnen.“

„Soll ich lieber aufhören, wenn meine Erzählung Sie so angreift?“ fragte er.

„Nein, nein, nein, fahren Sie fort; ich habe mir nur den Vorwurf zu machen, daß ich mich über die Dinge, die auf der Welt vorgehen, noch nicht einmal besser unterrichtet habe.“

„Also wie wir von dem Grabe kamen,“ fuhr er fort, „da war der Kelch unserer Leiden noch nicht bis auf den Grund geleert. Wir gelangten vor das ärmliche Haus, wo wir unser Leben zugebracht, und sahen da einen Zusammenlauf von Menschen, das halbe Dorf, so weit keine Bewohner nicht gerade auf dem Felde waren. In der Mitte stand, alle übergehend mit ihrer langen klapperdünnen Knochengestalt, die dünnen Strähnen grauen Haares um das Haupt fliegend, die Hausbesitzerin. Sie kam mir, vergehen Sie, in jenem Moment gerade wie des Teufels Großmutter vor, und so oft ich in meiner Kindheit an eine Hexe oder sonst ein böses Weib dachte, kam mir die hartherzige Bäuerin in den Sinn.“

„So ein Lumpenpack!“ schrie sie. „Das sollte man mit der Polizei aus dem Dorf bringen, denn am Ende setzen sie sich doch alle her und wollen auf Kosten der Gemeinde gefüttert sein!“

Die Knechte der Hausbesitzerin und der Polizeidiener des Orts schleppten den ärmlichen Hausrat auf die Straße und legte die zwei Wiegen mit den kleinen Kindern wurden herausgeführt. Wir anderen Kinder standen bestürzt umher, meine älteste Schwester weinte und die beiden Kleinen bebanneten aus vollem Halse zu schreien.

Der Vater stand starr; da drängte sich ein ältlicher Mann durch die Menge, in städtischer Tracht mit dem Ansehen eines wohlhabenden Bürgers. Er rief:

„Na, Meister Born, was gibt's denn da; ich glaube, sie setzen Euch auf die Straße.“

„Wie Sie sehen, Meister Hellwig,“ jagte der Vater tröstlos. „Sie geben mir nichts mehr zu tun, mein Weib ist vor Herzleid gestorben und während ich sie begrabe, räumen sie mir aus!“

Als Hellwig, ein Tischlermeister aus der nächsten Amtstadt, der meinen Vater wohl kannte, die kleinen Kinder ausgehakt sah, loderte sein Horn Hoch auf.

„Schämt Ihr Euch denn nicht,“ rief er der Hausbesitzerin zu, „so mit Menschen zu verfahren? Glaubt Ihr denn immer, Ihr hättet es nur mit Vieh zu tun, sobald es nicht um Euren eignen Balg geht?“

„Er ist mir den Zins schuldig für das Haus,“ jagte die Bäuerin grob.

„Ihr werdet dem Teufel den Zins auch einmal nicht bezahlen können,“ entgegnete Hellwig.

Die Bauern lachten, denn die Alte war im Dorfe nicht gerade beliebt; einzelne murrten auch. Da trat der Ortsvorsteher hinzu.

„Was denkt Ihr zu tun, Steffen?“ fragte er rauh.

„Was wird der Mann tun sollen, dem so mitgespielt wird?“ rief Meister Hellwig zornig. „Soll er sich vielleicht aufhängen?“

„Mißt Euch nicht in Dinge, die Euch nichts angehen,“ antwortete der Ortsvorsteher grob. Der Vater aber sagte:

„Man hat mich um meine Arbeit gebracht und ich muß mir andere suchen. Von Euch laß ich mich nicht ernähren, keinen Tag. Da würde mir jeder Bissen im Halse stecken bleiben.“

„Aber die Würmer?“ fragte der Ortsvorsteher.

„Die müßt ihr wohl auf Gemeindefkosten versorgen, bis ich sie zu mir nehmen kann,“ antwortete mein Vater.

„Da werden sie wohl bis an ihr seliges Ende bei uns bleiben,“ meinte der Ortsvorstand.

„Sobald ich etwas verdiente, hol' ich sie ab,“ beteuerte mein Vater.

Meister Hellwig hatte mich angefaßt.

„Den Ältesten nehme' ich zu mir. Ich habe keinen Sohn, nur ein Tischlerlein. Bei mir kann er das Handwerk lernen und ein braver Tischlergesell, vielleicht auch ein Meister werden.“

So sprach der brave Mann. Dem Vater fiel ein Stein vom Herzen; er ergriff Hellwigs Hand und drückte sie herzlich.

„Nun ist doch wieder eine Menschenseele bei mir,“ meinte er.

Ich weinte, denn mir kam es ungeheuerlich vor, meinen Vater und meine Geschwister in diesem Augenblick zu ver-

den aufrecht erhalten werden muß. Wir billigen es auch, daß die Regierung den heparatriotischen Forderungen auf Landwerbungen in Vorderasien entgegengetreten ist. Wir verkennen nicht die schwierige Lage der Regierung. Sie soll das Staatschiff durch die Scylla der panislamitischen Kriegspartei und durch die Charybdis der österreichischen Kriegspartei hindurchleiten. Wir anerkennen auch, daß die Kundgebung der Regierung in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ wesentlich zur Entspannung der Lage beigetragen hat. Nur ist es zweifelhaft, ob die geistige Rede des Reichskanzlers die gute Wirkung dieser Kundgebung nicht abgeschwächt hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Vor allem aber ist zweifelhaft, ob die Reden der Herren Wassermann und Spahn die Beruhigung, die in Wien bereits eingetreten war, unterstützt hat. Es ist möglich, daß Graf Berchtold eine friedliche Entwicklung wünscht. Aber es besteht in Wien eine einflussreiche höflich-militärische Kriegspartei, die sich an die Person des Erzherzogs Franz Ferdinand anlehnt und keinen Zweifel darüber gelassen hat, wohin ihr Weg geht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat dem „Vorwärts“ vorgeworfen, er habe sich zu Unrecht gegen die Mäne der Wiener Diplomatie gewandt und damit die Geschäfte Rußlands besorgt. Herr Schulz hat gemeint, daß die Sozialdemokratie damit ganz allein ließe. Das ist nicht richtig. In dieser Frage haben sich die „Frankfurter Ztg.“ und das „Berl. Tageblatt“ sachlich in derselben Weise geäußert wie der „Vorwärts“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Unsere Haltung nimmt auch ganz überein mit der Haltung unserer österreichischen Parteigenossen, die seit Jahren diese gefährliche Kriegspartei bekämpfen. (Beifall b. d. Soz.) Wir müssen ihr deutlich zu verstehen geben, daß ihre Politik nicht die Politik der Reichsregierung sein kann. Auch wir sind für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Österreich und des Dreibundes. Das Bündnis ist ein ausgesprochenes Defensivbündnis, ohne jede aggressive Tendenz. Herr Spahn meinte geteilt, wenn Serbien von Österreich angegriffen würde, und Rußland Serbien beistimmen würde, wären wir und Italien zum Beistand für Österreich verpflichtet. Nein, das wären wir nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen ihr deutlich zu verstehen geben, daß ihre Politik nicht die Politik der Reichsregierung sein kann. Auch wir sind für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Österreich und des Dreibundes. Das Bündnis ist ein ausgesprochenes Defensivbündnis, ohne jede aggressive Tendenz. Herr Spahn meinte geteilt, wenn Serbien von Österreich angegriffen würde, und Rußland Serbien beistimmen würde, wären wir und Italien zum Beistand für Österreich verpflichtet. Nein, das wären wir nicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Entwicklung hemmt. Gegen Rußland würde auch Bebel noch die Stimme auf den Boden nehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nach dem japanischen Krieg war Rußland aus dem europäischen Kräftepiel fast ausgeschaltet, heute spielt es die dominierende Rolle. Das ist ein Ergebnis der Spannung zwischen den Westmächten, das erfreulichste Moment in der geistigen Debatte war die Mitteilung des Staatssekretärs, daß unser Verhältnis zu England ein intimes geworden ist; mögen unsere Staatsmänner alles aufbieten, daß diese Verständigung eine dauernde wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Freundschaft mit England ist unsere beste Handelspolitik. Ein Kulturabkommen zwischen Deutschland und England ist keineswegs eine Utopie, sind doch die Reibungsflächen zwischen Deutschland und England viel geringer als die zwischen Frankreich und England. Ein Kulturbund der Westmächte wäre die sicherste Friedensgarantie, mit ihm würde man auch in der Frage der Abrüstung vorwärts kommen. Der Weg, den Herr Wassermann empfiehlt, führt zu unerträglichem Mißtrauensdruck, ist nationalfeindlich, nationalschädigend. Zerfleischen sich die germanisch-romanischen Völker, so werden den Vorteil die Slaven haben. Der deutsche Staatsmann, der die Verständigung der Kulturvölker als erstrebenswertes Ziel betreibt, wird die Masse des deutschen Volkes, auch die Sozialdemokraten, hinter sich haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Noch ein Wort über die deutschen Interessen auf dem Balkan. Die offene Tür und die Bagdadbahn müssen auch bei der Neuordnung der Dinge dort erhalten werden. Der neue Zustand ist als Fortschritt zu betrachten für die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanvölker, und ich bedaure nur, daß er nicht friedlich herbeigeführt wurde. Aber zusammengebrochen ist in der Türkei ein Junterregiment, ähnlich dem der Mandchus in China und dem unglücken in Ostelbien. Die Türken sind eine regierende kleine Minderheit, eine Rasse, deren wirtschaftliche Basis großer Grundbesitz und hörige Bauern sind, die ebenso rücksichtslos ausgebeutet wurden, wie bei uns in Ostelbien. Ein großer Teil der ausgebeuteten serbischen Bauern wurde zu Bettlern, dann zu Räubern und zu den heutigen Komitatshis. Innerhalb des Krieges hat sich bei den Türken eine Bauernrevolution vollzogen, und das war es, was den Türken das Rückgrat gebrochen hat. (Lebh. Sehr richtig bei den Soz.) Wenn Deutschland der Türkei wirklich helfen wollte, dann hätte es ihr der Rat geben müssen, Reformen durchzuführen, ihre Bauern zu befreien, wie die Bulgaren und Serben es getan haben. Aber dann hätte die preußische Junterregierung der Türkei ja einen Rat geben müssen, den sie im eigenen Lande nicht befolgt. (Sehr gut! bei den Soz.) Was Deutschland nach der Türkei verpflanzt hat, war der „Geist“ unserer „Jarde“. Dieser Geist hat sich im Krieg als außerordentlich verberblich für die Türkei erwiesen. Das alte Vertrauensverhältnis in der türkischen Armee war verschwunden, wir sahen eine Ueberhebung des Offizierskorps über die gemeinen Soldaten und der Zusammenbruch des türkischen Heeres war die Folge. Wir sind also am Zusammenbruch mißglücklich, der im übrigen auf ökonomische Ursachen zurückzuführen ist. Nun haben wir jetzt den neuen Balkanbund. Wir können nur wünschen, daß die Verständigung unter den Balkanvölkern dauernd bestehen möge. Ein großes einheitliches Wirtschaftsbereich auf dem Balkan liegt im Interesse des deutschen Handels. (Zustimmung links.) Gegen die nationalen und religiösen Gegensätze gibt es ein Mittel, das sich glänzend bewährt hat: Lokale und stammliche Selbsterhaltung und Bewegungsfreiheit und eine echt demokratische Grundlage! (Zustimmung bei den Soz.) Die Schweiz bietet ein Beispiel, wie man Menschen der verschiedensten Stämme und Rassen zu einem Staatsgebilde zusammenfassen kann. Der Abgeordnete Graf Kanitz hat Lebehour nicht begriffen, der die Kriegshege als das Werk kapitalistischer Ausbeuter bezeichnet hat. Graf Kanitz ist sonst ein kluger Mann. Weshalb stellt er sich hier so dumm? Er sieht etwas nicht, was zum Greifen ist. Sieht er nicht die Spaltung unserer Kriegshege durch die Interessententriebe? Sieht er nicht das Bestreben der Kanonenfabrikanten, ihr Abzugsgebiet ständig zu vergrößern? Als Folge sehen wir ja auch das dauernde Steigen ihrer Profite. Krupp zahlt jetzt schon 12 Prozent Dividende und der französische Krupp gar 16 Prozent. (Hört, hört! bei den Soz.) Man sieht, das Geschäft bringt noch was ein. Man darf sich allerdings nicht durch nationale Gewissensstrupel beirren lassen. Man muß das Geschäft international treiben. Wenn es zum Kriege kommt, dann sehen Kruppische Kanonen unseren Soldaten gegenüber. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und wenn der Mann dann sein hundertjähriges Geschäftsjubiläum feiert, dann bekommt er verfehrt, was für hohe Verdienste er sich um das deutsche Volk erworben hat. (Stürmisches Heiterkeit bei den Soz.) Krupp hat dem Reiche wirklich noch nichts getan! (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Kriegshegepreise ist international, wir haben sie auch in Paris und London. Sie treiben sich gegenseitig den Wind in die Segel, sie arbeiten in einander, wenn sie auch auf einander schimpfen. (Heiterkeit.) Unerhört ist es, daß diese Presse es wagt, im Namen des Volkes aufzutreten. So hat die „Post“ kürzlich von der grenzenlosen Erbitterung gesprochen, die durch das ganze Volk ohne Ausnahme gehe. (Stürmisches Gelächter bei den Soz.) Das schreibt ein Blatt, dessen freiwillige Abonnenten in einem Eisenbahnwagen Platz haben, das Blatt einer Partei, die nicht einmal so stark in den Reichstag zurückgekehrt ist, daß es zu einer Fraktion reicht. (Abg. Dr. Trend: Sechs Sozialdemokraten im Landtag!) Aus dem Umstand, daß nur sechs Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus sitzen, folgert ausgerechnet Herr Trend die Schwäche meiner Partei in Preußen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Wenn einmal Nordwestpreußen konstituiert werden müssen, dann soll das Reich es tun und die Willkoren nicht privaten Konjunktur überlassen. Kriegspolitiken, die jederzeit bereit sind, mit der Feder in der Hand für das Vaterland zu sterben (Heiterkeit), haben eine wissenschaftliche Begründung für den Krieg gegeben. Die Schwachen würden ausgelesen und die Mächtigen bleiben leben. Umgekehrt! Der moderne Krieg bringt keine Auswahl der Besten mehr. Er vernichtet vielmehr die Mächtigen und läßt die Schwachen, die dahelme bleiben. Die häufigsten jungen Männer werden zu Jehntausenden weggeschleht. Der Krieg führt nicht die physische Tüchtigkeit eines Volkes, sondern er schwächt sie. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und was die sittliche Tüchtigkeit anlangt, kann denn wirklich jemand mit gefunden Stimmen angeht das Kriegsgewerk auf dem Balkan behaupten, der Krieg habe sittliche Kräfte? Gewiß, Tapferkeit und Tüchtigkeit können dabei eine Rolle spielen, aber viel größer ist die Verrohung, die eintritt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der alte Kant hat schon recht gehabt, als er vor hundert Jahren schrieb: der Krieg macht viel mehr böse Menschen, als er wegmacht. Wir erklären uns für überlegte und bageprüfte Anträge der Weltfriedensbewegung. Anknüpfend an die entsetzte Niedrigkeit einer Rede Scheidemanns in Paris verweist man, gegen Scheidemann die Forderung auf Landesverrat zu schließen. Das ist ein Verfahren, zu dessen Charakterisierung jeder parlamentarische Ausdruck fehlt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Scheidemann hat in Paris gesagt, was wir überaus geistig haben, daß die Arbeiter Deutschlands keine Lust haben und nicht wünschen, auf die Arbeiter anderer Länder zu schlagen. Daran kann man aber keine Aufforderung zu weiterer Gewalt herauslesen, für den Kriegsfall Befehlen der Besatzungen nicht zu gehorchen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und deshalb hat man Scheidemann als Menschen

hingestellt ohne Gefühl für Heimat und Vaterland. (Abg. Scheidemann: Einen ehelichen Keil hat man mich genannt!) In Kassel hat Scheidemann im vorigen Jahre eine Rede gehalten über die Frage: Was ist nationale Politik? In dieser Rede hat er ausgeführt, daß für uns das Vaterland die Heimat ist, an der wir mit Liebe hängen, und das Band, das uns als Glieder einer großen Kulturgemeinschaft umschließt. Im Vaterlande sollten alle Landesländer nicht nur satt zu essen haben, sondern auch als gleichberechtigte Volksgenossen sich des Vaterlandes und seiner Kultur freuen können. (Bravo! bei den Soz.) Sie (nach rechts) betätigen Ihre Liebe zum deutschen Volke dadurch, daß Sie ihm die staatsbürgerliche Gleichberechtigung vorenthalten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir bekennen uns zu dem christlichen Ideal des Weltfriedens. Es haben ja einige Theologen zu beweisen versucht, daß der Krieg sich mit dem Christentum vertrage, und Theologen können ja schließlich alles beweisen. Aber es wird ihnen schwer werden zu beweisen, daß die Religion, die die Nächstenliebe zum Fundament hat, es billigt, daß die Menschen sich mit Massenmordmaschinen maffizieren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Krieg soll ein Gottesgericht sein. Das ist schwerste Gotteslästerung. Gott ist, nach dem Christentum, liebender Vater, und die Menschen sind seine Kinder. Soll dieser liebende Vater wirklich damit einverstanden sein, daß die Streitigkeiten unter seinen Kindern mit Kruppischen Kanonen ausgetragen werden? Es ist eine Freivolität, diese Dinge mit der christlichen Religion in Zusammenhang zu bringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Was wir da sehen, ist der kapitalistische Zerlegungsprozeß der christlichen Religion, das innere Verfaulen der altreligiösen Werte. (Unruhe rechts.) Entweder man ist Christ, dann vertritt man dies Ideal nicht nur Sonntags und in der Kirche, sondern auch in der Praxis des Lebens. Oder man ist es nicht, dann bekenne man das frei. Predigt man aber den Krieg und sagt auf der anderen Seite, man sei Christ, so ist das Heuchelei. (Lebh. Bravo! bei den Soz.) Beim Balkankrieg hat man von einem Kreuzzug gegen den Halbmond gesprochen, und keine Protektoren sind erschallt von den christlichen Kanzeln gegen die drohende Menschenschlächterei. Nur von einer Kanzel ist das Weihnachtsevangeliem der christlichen Kirche verkündet worden, im Wälsler Münster. Das war eine der schönsten Stunden meines Lebens, als die Gloden des Münsters den Zug der internationalen Sozialdemokratie begleiteten, und als die roten Fahnen im Chor der Kirche am Altar sich aufstellten und Orgeklänge die Sendboten des Volkes begrüßte. Die Kanzelredner dort waren freilich glaubenslose Menschen und Herr Spahn hat ja gemeint, wenn die Stifter des Münsters darüber zu entscheiden gehabt hätten, hätten sie die Sozialdemokraten nicht hineingelassen. Mag sein, ich kenne die Stifter nicht. Aber wenn der Stifter der christlichen Religion mit zu entscheiden gehabt hätte, er hätte uns seine Stimme gegeben. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr v. Payer hat gemeint, wie man mit solchen Kundgebungen z. B. auf England einwirken wolle. Nun, wenn Sozialdemokraten aus England und Rußland, aus allen Ländern zusammenkommen, gemeinsam die Marschkolonne festsetzen, sich gemeinsam überzeugen, daß sie alle den Frieden wollen, dann ist das ein Weg, auf den allgemeinen Frieden hinzuwirken. (Sehr richtig!) Diese Kundgebungen, hinter denen Millionen stehen, haben eine ganz andere Bedeutung als die Kundgebungen von human denkenden Gelehrten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und die sozialistischen Kanzelredner in Basel hatten mehr Glauben als die, die sich ihres Glaubens rühmen, sie glauben nämlich an die Zukunft der Menschheit. Sie glauben an den Aufstieg zu einer höheren Kultur, zu Zuständen, wo die Gotteskindheit aller Menschen nicht im Sinne eines religiösen Dogmas, sondern in der allgemeinen Anerkennung und Wertschätzung jedes einzelnen Menschenlebens zu Recht besteht. (Bravo! b. d. Soz.) Diesen Glauben pflanzen Sie ein in Millionen Herzen aller Länder. 4½ Millionen Wähler haben wir in Deutschland, d. h. über 20 Millionen der Bevölkerung stehen hinter uns. Multiplizieren Sie die 10 Millionen sozialdemokratischer Wähler auf der Erde in derselben Weise, dann wissen Sie, um was für eine Massenbewegung es sich handelt. Die Massen hören auf, willenlose, gebantenlose Herde zu sein. Sie hören auch auf, willenlose Instrumente irgendwelcher Kriegsinteressen zu sein. Keine Diplomatie kann heute einen Krieg gegen den Willen der Völker machen. Das das Volk auf die Heereien nicht mehr hereinfällt, ist das Verdienst der Sozialdemokratie. (Beifall b. d. Soz.) Wenn die Massen einmal ihr Interesse erkannt haben, dann werden sie die Entscheidung über ihr Geschick, über die Frage, ob Krieg, ob Frieden, selbst in die Hand nehmen. Das ist das feste Fundament für die Friedenshoffnung. Aus der Erkenntnis der Ursachen, die heute den Menschen zum Feind des Menschen machen, und aus dem festen Willen, diese Ursachen zu beseitigen, entspringt unsere Zuversicht auf den Weltfrieden. Diese Ursachen zu beseitigen durch die Errichtung einer sozialgerechteren Ordnung der Dinge innerhalb der Völker und von Volk zu Volk und nicht im Sinne eines utopischen Wunsches haben die sozialistischen Kanzelredner das Weihnachtsevangeliem in die Welt gerufen: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! (Stürm. Beifall b. d. Soz.)

Fürst Löwenstein (Z.): Das Zentrum hat mit der österreichischen Kriegspartei nichts zu tun. Wir müssen Österreich unterstützen, wenn Österreich von irgend einem Dritten angegriffen wird, ebenso wie Österreich uns in diesem Falle unterstützen würde. Der Wälsler Kongreß war zweifellos eine machtvolle Demonstration, die nicht unterschätzt werden sollte. Aber in dem Bestreben, alle vermeidbaren Kriege zu vermeiden, stimmen alle bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten überein. Die Bekämpfung des Krieges durch die innere Revolution hiesse den Teufel mit Beelzebub austreiben. Ist auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Ansicht, daß Deutschland an einem Krieg durch die Revolution verhindert werden soll? Durch die Balkanwirren ist das gespannte Verhältnis zwischen Österreich und Italien ein gutes geworden. Österreichs Friedensliebe hat die Feuersprobe bestanden und das ganze deutsche Volk wünscht gute Beziehungen zu England. (Beifall im Zentr.)

Dr. Dertel (A.): Die Ausführungen Dr. Davids gehörten eigentlich mehr in das österreichische Parlament, und ich würde nichts dagegen haben, wenn er bald in dieses Parlament einziehen würde. (Heiterkeit rechts.) Der Dreibund verpflichtet uns keineswegs zu einer willenlosen Gefolgschaft unserer Verbündeten. Das hat auch der Reichskanzler nicht gesagt. Wir wünschen freundliche Beziehungen zu England, aber korrekte Beziehungen. Hoffentlich ist das Vertrauen, von dem der Staatssekretär gesprochen hat, ein gegenseitiges. Die amtliche Abfertigung meines Freundes Herdebrand nach seiner Maroffrede bedauern wir noch heute. Dieses Bedauern wird heute vielleicht auch von der amtlichen Stelle selbst geteilt, denn es bezog sich nicht auf uns, sondern nur auf jene Stelle. Der Krieg kann eine weltgeschichtliche Notwendigkeit sein. Vom ewigen Frieden wollen wir nichts wissen. Die Massenversammlungen für den Frieden haben gar keinen Zweck. Der Abg. David hat den Stifter des Christentums in die Debatte gezogen. Christus hat auch verstanden, die Geißel zu schwingen. (Stürm. Zurufe b. d. Soz.: Aber gegen die Jöllner!) Der ewige Friede soll erst kommen, wenn das Schicksal der Welt entschieden ist: Ein Hirte und eine Herde! Dazu aber ist Vorbedingung, daß alle Völker anerkennen: Ehre sei Gott in der Höhe! (Beifall rechts, Lärm b. d. Soz.)

An sich nicht, aber es magie so kommen. Wie gehen in der allgemeinen Großbetriebe hinein. Diese Strömung wird auch die Landwirtschaft mit sich reißen, wenn auch nicht in der nächsten Zeit.
„Sie sprechen hier wie ein Freischützer, ein Gelächter und Sie sagen.“
„Nicht ganz so.“ sagte Hermine. Sie haben mir ja schon gesagt, daß der Bildungsbetrieb Ihre Leidenschaft ist. Aber Sie haben mir vieles gesagt, was mir neu war, und Sie haben mir Ihre Lebensgeschichte ganz ungekünstelt erzählt. Ich bin sehr dankbar. Ich bin sehr dankbar. Ich bin sehr dankbar.
„Wer in die Tiefen der Geselligkeit schaut, dessen Herz muß von Stein sein, wenn es nicht rasch zerbricht.“ sprach Fritz Herz ernst. „Leider gibt es solcher steinernen Herzen nicht wenige.“
„Aber Ihre Lebensgeschichte!“ drängte Hermine.
„Wird es Ihnen nicht zu viel?“
„Welch eine Fregel! Sie sehen ja, wie ich daran brenne. Und die anderen hören uns nicht!“
Herr Herz, die Anrede und der Vortrag lagen in diesem Schatz. Fritz Herz fuhr fort:
„Wir kamen am Abend in die Stadt und am Hause des Meisters Helwig an. Sein Anblick war häßlich geworden. Er nahm mich langsam bei der Hand und führte mich hinein. Draußen lag er eine hellleuchtende Stube auf und es kam uns eine wohlriechende Frau mit einem runden und rotglühenden Gesicht entgegen. Sie sah leicht lächelnd auf mich.
„Guten Abend, Alie.“ sagte Meister Helwig. „Hier bringe ich einen neuen Hausgenossen mit.“
Sie trat einen Schritt zurück.
„Was-a-as, einen neuen Hausgenossen?“
„Aber ja!“ und während die Meisterin bald auf ihn, bald auf mich mit wachsendem Erstaunen sah, erzählte er, was in dieser Stube geschehen war, vergaßen sie und wie er sich entschlossen habe, mich mit sich zu nehmen.
„Das sind mir ja wunderbare Geschäfte.“ rief die Meisterin. „Auf die Zeit legen wir ja zu.“
(Fortsetzung folgt.)

Herr v. Richthofen (M.): Wir halten Österreich die Bündnistreue, aber Österreich hat sich um unsere Kolonialpolitik nicht zu kümmern, so wenig wie wir uns um seine innere Politik kümmern. Freundschaft mit England wollen auch wir, aber wir müssen für den Kriegsfall gerüstet sein.
Herrzog (Mg.): Der Balkankrieg hat gezeigt, welche Bedeutung für einen jeden Staat eine starke Wehrmacht hat.
Herr (Sd.): Dr. Hertel versteht den ewigen Frieden in das asiatische Reich und tröstet sich gegenwärtig mit dem unzureichenden Menschenmaterial. Dann sollte er doch für die Besserung dieses Menschenmaterials sorgen. Gewisse Leute mögen ja den Krieg brauchen, um Tugenden zu entwickeln. Die Arbeiter, die täglich dem Tod ins Auge sehen, brauchen sich nicht erst unter Kanonendonner die Tüchtigkeit aufdrängen zu lassen. Die Schrecklichkeiten des Balkankrieges sollten auch Herrn Hertel den Gedanken nahelegen, daß die kriegerischen Tugenden mit zweiwelf Schändung an Menschenleben erkauft werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Arbeiter sind nicht so schwachmütig, daß sie nicht jeden Augenblick, wenn es sein müßte, ihr Leben einzusetzen imstande sind. Sie tun es gern, wenn es sich darum handelt, für ihre Ideale einzutreten und Angriffe gegen die menschliche Kultur abzuwehren. Christus hat gewiß die Geißel geschwungen, aber gegen Leute Ihrer Gesinnung. (Zust. b. d. Soz.) Und wie nahe Ihnen die Zöllner stehen, brauche ich doch nicht erst zu sagen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist doch in der Tat eine ungeheuerliche Vorstellung, den Arbeitern zumuten zu wollen, daß sie gern und mit Lust auf die Arbeiter im anderen Lande schießen sollen, mit denen sie durch Solidarität und das Streben nach gemeinsamen Zielen verbunden sind. Scheidemann hat erklärt, daß alle Arbeiter in der ganzen Welt dahin wirken werden, daß ein solcher Abscheu gegen den Krieg in den breitesten Massen des Volkes erweckt wird, daß keine Regierung es mehr wagen kann, einen Krieg zu beginnen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn der türkische Krieg etwas erwiesen hat, so das, daß eine Truppe verloren ist, wenn sie nicht mit Begeisterung für eine große Sache in den Krieg zieht. Der Antwort auf die Frage des Fürsten Löwenstein weichen wir nicht aus. Schon Lassalle hat gesagt, daß man eine Revolution nie machen kann. Revolutionen können nicht herbeigeführt werden durch den Willen von Führern, sondern sie entstehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir wollen nicht einen Krieg, um revolutionäre Ziele zu verfolgen. Das ist in unserem Manifest mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Auch Kautsky hat diesen Standpunkt in seiner Schrift „Die soziale Revolution“ vertreten. Hiermit hat Fürst Löwenstein eine ganz präzise Antwort auf seine Frage. (Widerspruch im Zentr.) Im übrigen sind auch die Fürsten nicht immer fanatische Gegner einer Revolution gewesen. Fürst Löwenstein hätte nur in seiner Familiengeschichte nachzulesen gebraucht. Er hätte dann gefunden, daß aus dem Geschlecht Don Miguel's sich so mancher an blutigen Karlistenaufständen gegen die herrschende Monarchie beteiligt hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nun schien es ja, als wenn Fürst Löwenstein schon den Streit als eine Revolution bezeichnete. Der Streit, auch der Massenstreik, ist ein durchaus legales Mittel. Wir in Deutschland halten den Generalstreik für ein zwar gesetzlich erlaubtes, aber für diesen Zweck ungeeignetes Mittel, und einen Streik, der etwa nach dem Ausbruch eines Krieges inszeniert würde, für einfach unmöglich. Höfentlich ist nun Fürst Löwenstein befriedigt. (Heiterkeit.) Fürst Löwenstein hat auf die blutige Kommune hingewiesen. Der damalige amerikanische Botschafter in Paris, der der Kommune nicht günstig gegenüberstand, hat damals erklärt, daß während all der schrecklichen Ereignisse in Paris weder amerikanisches noch deutsches Eigentum einen nennenswerten Schaden erlitten hätte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Alle gegenständlichen Behauptungen über die Kommune sind schauerhaftig, erfunden, um diese Bewegung zu lästern. Eine Anzahl Redner haben heute das Bestehen einer österreichischen Kriegspartei bestritten. Lesen Sie Ihre eigenen Zeitungen nicht? Man hat doch in Wien sogar das Komunique der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zum Teil verschwiegen, um die Kriegshege weiter treiben zu können. Wissen Sie nicht, was für heckerische Nachrichten die Wiener „Reichspost“ in die Welt setzt? Es ist eine Pflicht der Regierung, kalte Wasserstrahlen nach dieser Richtung zu senden. (Zust. b. d. Soz.) Den Ernst der Lage zeigt ja auch die gestrige Erklärung des Reichsanstalters. Um so wichtiger ist, daß die Regierung diese Pflicht erfüllt. (Beifall b. d. Soz.) Und wen hat Österreich nach Rumänien geschickt? Den Armeepfeifer Konrad v. Höhendorf, der durch ein Machtwort von höchster Stelle aus seiner führenden Stellung im Generalstab entfernt wurde, weil er entgegen dem Dreihundertvertrag während des Tripolis-Krieges losgehen wollte! (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn solche Leute in so ernstlichen Situationen zu wichtigen Missionen verwendet werden, so ist das ein deutliches Merkmal. (Sehr richtig! links.) Und wie heißt die „christlich-religiöse Presse im Inland? Hat nicht ein Regierungsrat a. D. in der „Kreuzzeitung“ das inbrünstige Gebet angestimmt: „O Herr, gib wieder Krieg!“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Und hat nicht ein anderer Beamter gefordert, daß mit blauen Bohnen und Kartätschen gegen die eigenen Landesgenossen vorgegangen werde? Wer unbedingt für den Frieden wirkt, ist die Sozialdemokratie, die in wichtigen Demonstrationen dafür eingetreten ist. Die Mächte sollen sich zummentum, nicht in Gruppen von 3 und 3, sondern alle Kulturnationen sollen in Freundschaft leben. Europa soll nicht ein Massen-schlachthaus werden, die Kulturarbeit der Nationen darf nicht zerstört, sondern muß vermehrt werden. (Lebh. anhaltender Beifall b. d. Soz.)
Es folgen persönliche Bemerkungen.
Scheidemann (Sd.) stellt den Wortlaut seiner Äußerung, der mit der Wiedergabe der „Frankf. Ztg.“ übereinstimmt, fest, und erklärt jeden für einen ehrlosen Menschen, der die Entstellung seiner Äußerung wiederholt.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Innere Politik.)
Schluß 7½ Uhr.

Hiele fragt, ob der Platz im Alten Schranken, wo die Autogarage gestanden hat, wieder bebaut werden sollte. Das wäre verkehrt.
Senator Dr. Stoß: Dieser Platz soll allerdings mitbenutzt werden.
Hiele glaubt, daß dann der Anblick noch schrecklicher als bisher wäre. Erwünscht wäre es, Karstadt aufzuerlegen, diesen Platz nicht zu bebauen.
Senator Dr. Stoß: Um der Bauvorschrift in bezug auf den Hofraum zu genügen, kann Karstadt nicht anders verfahren.
Hahn fragt, ob Karstadt auch bei einer eventuellen Neupflasterung der Johanniststraße von der Abgabe befreit sei.
Senator Dr. Stoß: Das ist nicht der Fall.
Das Gesetz wird hierauf angenommen.
Senator Dr. Fehling ist überrascht, daß der Antrag so glatt angenommen wurde. Er bittet, da die Senats-Spezialkommission verhindert sind, die anderen Anträge von der Tagesordnung abzulesen.
Der Wortführer schlägt vor, die Sitzung auf Montag, den 9. Dezember, zu vertagen.
Der Senat wünscht vor Weihnachten ebenfalls noch eine Sitzung, die Jenische Freischule und der Mendorfer Bahnbau müsse erledigt werden.
Es wird beschlossen, noch den Antrag: Erlass eines neuen Gesetzes, betreffend die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienste Erkrankten und Verunglückten sowie an deren Witwen und Waisen zu erledigen.
Hoff: Das vorliegende Gesetz ist eine Besserung des bisherigen Zustandes, aber es geht nicht weit genug. Nach dem als Muster genommenen Gesetz von 1902 und dem neuen wird den völlig Erwerbsunfähigen zwei Drittel des Lohnes gewährt. Das ist nicht genügend. Bei den Feuerwehrlenten handelt es sich um die schlechtestlohnenden Beamten, während sie auf der andern Seite den größten Gefahren im Verufe ausgesetzt sind. Erleiden sie infolge Unfalls eine Erwerbsbeschränkung, sind sie ungenügend geschützt. Dann wird ihr Einkommen, das so schon niedrig ist, noch gewaltig herabgesetzt. Zurücklegen können die Feuerwehrlenten nichts, sie sind während der Wache von den Familien abgeschlossen und haben beinahe zwei Haushalte zu führen. Mit der Gefahr ihres eigenen Lebens müssen sie Eigentum und Gesundheit der Mitbürger schützen, da ist es nicht mehr wie recht und billig, daß auch sie in Zeiten der Not geschützt werden. Den Leuten muß ihr volles Dienst-einkommen bei Erwerbslosigkeit gelassen werden. In der Begründung wird ja hervorgehoben, daß hier besondere Umstände vorliegen. Dies ist tatsächlich der Fall, also müssen auch besondere Maßnahmen getroffen werden. Im § 10 ist vorgesehen, daß ein Entschädigungsberechtigter, der ins Ausland geht, der ihm von Rechts wegen zustehenden Rente verlustig geht. Das ist aber eine Verschlechterung des jetzt bestehenden Gesetzes, die die Billigung der Bürgerschaft nicht finden darf. Es können Verhältnisse eintreten, die den Erwerbsbeschädigten zwingen, bei Verwandten im Ausland ein Unterkommen zu suchen. Daß dann dem Mann die Rente entzogen wird, kann die Bürgerschaft nicht wollen. Bleibt diese Bestimmung im Gesetz, werden die lübischen Staatsangehörigen schlechter gestellt sein als die ausländischen Fabrikarbeiter. Die in Deutschland arbeiten. Diesen steht das Recht auf Bezug der Rente auch im Ausland zu. Sie wollen doch gewiß die lübischen Staatsangehörigen nicht schlechter stellen als die Ausländer. Diesen Passus müssen Sie streichen. Auch im § 11 muß der letzte Absatz heraus, der die vom Senat und Bürgerausschuß getroffenen Entschädigungen als endgültig bezeichnet. Im selben Paragraphen wird im ersten Absatz der Beschwerdewege angegeben. Danach ist gegen Entscheidungen der Feuerlöschbehörde Beschwerde beim Senat und der Rechtsweg zulässig. Das soll aber bei der Festsetzung der Rente, also bei der wichtigsten Maßnahme, nicht möglich sein. Da soll der Entscheid des Senats und des Bürgerausschusses endgültig sein, ohne daß der Geschädigte Einspruch erheben kann. Das ist ungerecht. Wenn eine Rente zugewilligt wird, muß dem Rentenempfänger auch die Möglichkeit gegeben werden, im Prozeßwege sein Recht geltend zu machen. Ich richte ferner die Anfrage an den Senat, wie weit endlich die Rubelohnkasse gebrochen ist. Schon 1906 hat die Bürgerschaft einstimmig den Wunsch geäußert, es möge ihr eine solche Vorlage entgegengebracht werden. Einige Jahre waren verfloßen, bis sie an den Bürgerausschuß und die Bürgerschaft gelangt ist, jetzt ist schon wieder ein Jahr dahingegangen, ohne daß die Bürgerschaft weiß, wie es mit der Vorlage steht. Hätte es sich um höhere Beamte gehandelt, wäre sicher etwas getan worden; bei den schlechterbezahlten Arbeitern wird's hinausgeschoben. Ich bitte den Senat um Auskunft darüber, wann die Bürgerschaft sich mit der Vorlage zu beschäftigen haben wird.
Senator Dr. Stoß: Ich habe in dieser Sache nur die Vertretung übernommen und bin nicht in der Lage, auf alles einzugehen. Die vorgesehene Sache halte ich für durchaus ausreichend. Wir müssen auch auf die anderen Beamten Rücksicht nehmen. Wer im Dienst zu Schaden kommt, hat denselben Anspruch. Die Rente muß vom Senat und Bürgerausschuß endgültig festgelegt werden.
Senator Dr. Fehling: Aber die Rubelohnkasse ist die Bürgerschaft nicht im klaren. Eine Verzögerung hat nicht stattgefunden, aber es sind außerordentlich wichtige Fragen zu prüfen gewesen. Der Senat wird sich in Wäde mit der Angelegenheit befassen.
Hahn gibt Auskunft über die Kommissionsberatungen. Es sei alles endlich geklärt worden.
Hoff hält es nicht für richtig, daß der Rechtsweg bei der Rentenfestsetzung ausgeschlossen ist. Die Beamten hätten ein Recht auf die Rente; wenn diese nicht genügend festgelegt sei, müsse ihnen Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansprüche durchzusetzen. Gebe man auf der einen Seite den Leuten das Recht, eine Beschwerde an den Senat zu bringen, sollte man auch die Beschwerde gegen den Senat zulassen. Gerade um den Schein der Einseitigkeit zu meiden, müsse man den Rechtsweg offen lassen. Der Senator Dr. Stoß glaube, beim Bewilligen des vollen Gehalts würden die anderen Beamten auch ein solches Recht herleiten. Die Behörde erkenne aber bei den Feuerwehrlenten besondere Verhältnisse an, also müsse sie besondere Maßnahmen zulassen. Sonst könnten wir einfach das bestehende Gesetz auf die Feuerwehrlenten ausdehnen.
Senator Dr. Fehling: Gegen die Entscheidung des Senats und des Bürgerausschusses den Rechtsweg zuzulassen, ist unmöglich. Da müßte schon der Bürgerausschuß gestrichen oder ein Spezialgesetz geschaffen werden. Ein alter lübischer Rechtsbrauch läßt gerichtliche Entscheidung gegen Festlegungen von Senat und Bürgerausschuß nicht zu.
Senator Dr. Stoß bespricht die Unterstützungsverhältnisse bei Verunglückten, die aus Not zur Hilfesendung herangezogen werden. Diesen stehe überhaupt kein gesetzliches Recht auf Unterstützung zu.
Hoff: Der Senat irrt sich. Wenn es sich um Personen handelt, die aus Liberalität entschädigt werden sollen, bedarf es wohl der Zulassung des Rechtsweges nicht. Hier handelt es sich um Beamte, die im Verufe verunglückt sind.

Denen muß man Gelegenheit geben, ihr Recht zu suchen wie sie es für notwendig erachten.
Senator Dr. Stoß gibt zu, daß er sich geirrt haben könne.
Der Wortführer ersucht den Senat um Auskunft, warum bei teilweiser Rentengewährung nur der Senat entscheiden soll und der Bürgerausschuß ausgeschlossen sei. Da Senator Dr. Stoß nicht in der Lage ist, über alles genau zu berichten, wird beschlossen, die Sitzung abzubrechen und den Antrag am nächsten Montag neu zu beraten.
Die nächste Versammlung findet am 9. Dezember statt. Schluß 7¼ Uhr.

Aus der Partei.

Sozialistenverfolgungen auf dem Balkan. Von der „Groupe d'Etudes sociales“ (Gesellschaft für soziale Studien) und der Gewerkschaftsunion in Konstantinopel ging dem „Vorw.“ vom 27. November ein Schreiben zu, das in der Übersetzung lautet: „Werte Genossen! Unser Protest gegen den Krieg hat bei Ihnen ein lautes Echo gefunden. Leider konnte er den Krieg, dessen Zeugen und Opfer wir sind, nicht verhindern. Die Arbeiterklasse der Balkanhalbinsel und besonders der Türkei hat jetzt schwere und schlimme Zeiten auszuhalten. Sie bringt die größten Opfer; gegen sie richtet die Bourgeoisie ihre Verfolgungen. Sie hat die gelegene Zeit benützt, die Opfer, die sie nicht zur Schlachtbank schicken konnte, in die Verbannung und ins Zuchthaus zu senden. Unsere Freunde in Griechenland — das sind selbstverständlich nicht jene Kreaturen des Kapitalismus, die den Krieg als eine Art Freiheitskampf darzustellen suchten, sondern jene Handvoll wirklich revolutionärer Genossen, teilen uns mit, daß unser Genosse Zachos in Valos ohne Grund verhaftet wurde und erschossen werden soll. Seit langem verlangt der Klerus das Haupt des Genossen Zachos, dessen Aufklärungsarbeit (Lateinschule und Gründung von Gewerkschaften) ihnen ein Dorn im Auge ist. Wir protestieren mit aller Kraft gegen dieses neue Verbrechen der griechischen Regierung. Wir bitten Sie, Werte Genossen, erheben Sie Ihre Stimme in Ihren Versammlungen und Kongressen zugunsten dieses griechischen Ferrer, geißeln Sie die Schandtat, so scharf Sie können, um einen Genossen zu befreien, der sich in den Dienst unserer großen Sache gestellt hat.“

Gewerkschaftsbewegung.

Die Stimme eines „Wächters“ der christlichen Gewerkschaften. Der neue Kölner Erzbischof Dr. v. Hartmann hat sich am Sonntag in Münster auch über den Gewerkschaftsstreit ausgelassen. Er gibt, getreu der Enzyklika, den konfessionellen Vereinigungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter den Vorzug und gestattet allen katholischen Arbeitern, den Gewerkschaften beizutreten. Wie gnädig! Wenn jemals, so erklärte der Bischof mit erhobener Stimme, den katholischen Arbeitern aus ihrer Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften eine Gefahr entstehen sollte für ihr Seelenheil, für Glauben und Sitte, dann werden die Bischöfe schon ihre warnende und mahnende Stimme erheben. Sie müssen es aber auf das entschiedenste ablehnen, darin von anderer Seite Mahnungen und Weisungen anzunehmen. Die Bischöfe und der Papst sind allein die Wächter des Glaubens und der Sitten und niemand anders. Eine Gewerkschaft, die sich ihrer Aufgabe im sozialen Kampfe bewußt ist, dankt als solche entschieden für die Wächterdienste der Bischöfe und des Papstes, selbst dann, wenn diese Dienste nur auf das Seelenheil der Gewerkschaftsmitglieder Bezug haben sollen. Jeder denkende Arbeiter sollte daher von den christlichen Gewerkschaften, die sich in weitgehendstem Maße dem Katholizismus verschrieben und sich den Bischöfen unterstellt haben, weitab rücken.

Lohnbewegung in einem Zentrumsblatte. In der „Neuzeit“ (Zentrumsblatt) — einem Zentrumsblatte — ist es zu Differenzen zwischen den Botenfrauen und dem Verlage gekommen. Der Verlag will ausgerechnet zum 1. Dezember eine Neueinteilung seiner Bestellobjekte vornehmen. Das hat bei den älteren Botenfrauen besonders böses Blut erregt, da sie bei der schlechten Bezahlung — die Frauen erhalten pro Exemplar 20 Pf. im Monat — mit der allgemein üblichen Neujahrsgratifikation rechnen müssen, die ihnen in den meisten Fällen entgeht, wenn sie einen neuen Bezirk zugeteilt bekommen. In einer Versammlung der Botenfrauen zeigten diese große Lust, das Austragen einzustellen, doch wollen sie vorher nochmals mit dem Verlage verhandeln. Es handelt sich hier um völlig indifferente Frauen, die in dem schwarzen Neuz nie etwas von Organisation gehört haben. Man kann an dieser Tatsache ungefähr ermessen, wie weit es der „christliche“ Verlag getrieben haben muß, wenn selbst diese Frauen sich mit Streikgedanken tragen.

Kommunales.

Das zentralnationale-liberale Bündnis im rheinisch-westfälischen Industriebezirk funktioniert keineswegs so glänzend, wie die Schwarzen gehofft hatten. So standen bei der Gemeinderatswahl in Berghofen bei Dortmund Sozialdemokratie und Zentrum im Stichwahl, die Liberalen hatten den Ausschlag zu geben. In der Stichwahl siegten wir glänzend; die Liberalen haben das Zentrum völlig im Stich gelassen. — In der Gemeinde Netze bei Dortmund horten die national-liberalen Bürger der Sozialdemokratie sogar ein Bündnis gegen das Zentrum an. Dieses hatte sich mit der Zehnpartei verbündet. Sozialdemokratie und Liberale siegten in der dritten und zweiten Abteilung über Zentrum und Zehnpartei. Und auch in der ersten Abteilung wurde das Zentrum gemolken.

Aus Nah und Fern.

Schüsse auf einen Militärposten. Aus Breslau wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet. Montag abend wurden auf den Militärposten bei den Schießständen von unbekannten Männern zwei Schüsse abgegeben. Der Posten feuerte sofort scharf zurück, ohne in der Dunkelheit jemand zu treffen. Durch das Schießen wurde die Wache alarmiert und Soldaten suchten die Schießstände ab. Sie vermochten aber nichts zu finden. Dienstag früh gegen 6 Uhr wurden gegen den Posten Steine geschleudert, von denen einer den Helm des Soldaten traf. Dieser feuerte wiederum, verfehlte aber in der noch herrschenden Dämmerung sein Ziel. Auch ein Abschuß der Steine blieb ohne Erfolg, doch gab der Posten an, daß er mehrere Männer gesehen habe, die sich eilig über die Schutzwälle flüchteten.

Vergiftung durch Kohlengas. In Fischbagen-Kreis Jüterburg, wurden der Landbrieftäger Partsch und seine Ehefrau, die erst seit zwei Tagen verheiratet waren, in ihrem Schlafzimmer an Kohlenoxydgas erstickt aufgefunden. Der Bruder der Frau, der an der Hochzeit teilgenommen hatte und im Vorraum schlief, wurde betäubt ins Jüterburger Kreis-Krankenhaus gebracht, wo er gleichfalls starb.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 3. Dezember.
Der Wortführer Dr. Görh eröffnet die Sitzung 6 Uhr 30 Minuten.
Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Kommission gewählt zur Vorprüfung der Platzwahl für die höhere Mädchenschule von Hl. Freese.
Brun's schlägt vor, auch Stellung in die Liste mit aufzunehmen. Käbler wünscht einen Baujahrverständigen dabei und der Wortführer bittet die Kommission, spätestens in 4 Wochen zu berichten.
Gewählt werden: Dr. Eichendurg, Dr. Grube, Lippert, Aug. Wape, Schöb. Ergänzung: Dr. Ziehl und Scharff.
1. Antrag: Vertrag mit der Firma Rudolph Karstadt wegen Aufhebung einer Erweiterung ihres Kaufhauses.
Aug. Wape findet die Fassung des Paragraphen 3 nicht gut. Die letzte Zahlung von 52.000 Mk. schwebt in der Luft. Wenn der Inhaber wechseln sollte, sei es nicht beizuhalten, ob der Nachfolger an diese Summe gebunden sei.
Senator Dr. Stoß: Die Firma Karstadt soll von der Straßenbahnabgabe nicht verschont bleiben, nur soll sie nicht härter dazu herangezogen werden als die übrigen Anlieger an der Gegenseite.

Diebstahl. Seit Montag abend ist die 18-jährige Verkäuferin Schulz in M e m e l verschwunden. Auf dem Kahn ihres Geliebten, des Schiffers Deutler aus Splitten, wo sie sich abends aufhalten hatte, wurde eine große Blutlache gefunden. Außerdem führte eine Blutspur nach Gaff. Deutler, der gleichfalls vermisst wird, hat das Mädchen anscheinend getötet, die Leiche ins Wasser geworfen und dann Selbstmord verübt. Der Vater hatte die Verheiratung beider abgelehnt, bevor Deutler nicht seiner Militärpflicht genügt hätte.

20 Personen vom Blitz erschlagen. Als man Montag nachmittag in Johannisburg zur Beerdigung eines Opfers der elektrischen Wasserwerke schritt, schlug plötzlich der Blitz in das Trauergesolge ein. Zwanzig Personen wurden tödlich getroffen, während sechzehn verletzt wurden, davon fünf schwer.

Schwerer Baunfall. Ein schwerer Baunfall ereignete sich auf einem Neubau an der Ecke der Uhlandstraße. Infolge Gerüstbruchs stürzten 4 Bauarbeiter aus der Höhe des 5. Stockwerkes ab. Ein Dachdecker blieb auf der Stelle tot, 2 Maurer erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Ein Lehrling wurde weniger schwer verletzt.

Unter dem Fallhammer zerschmettert. Ein entsetzlicher Betriebsunfall hat sich in der Gasmannschen Fabrik in Vorstwald ereignet. An dem großen Fallhammer, der durch einen Motor angetrieben wird, war eine Reparatur auszuführen und Freitag abend war der Motor abgestellt worden, damit der 20-jährige Schlosser Wilhelm Nicksch die Reparatur ausführen konnte. Der junge Mann war mitten bei der Arbeit, als durch ein verhängnisvolles Versehen der Motor plötzlich wieder angetrieben wurde. Im nächsten Augenblick fauchte der ungewöhnlich schwere Hammer

nieder und schmetterte den Arbeiter, der gerade darunter gestanden hatte, zu Boden. Dem Armlen wurden die Arme und Beine furchtbar zugerichtet. Auch der Brustkasten geriet unter den Hammer und wurde teilweise eingedrückt. Auf die Schmerzensschreie des Verunglückten wurde der Motor schleunigst wieder abgestellt, der Hammer hochgezogen und N. aus seiner qualvollen Lage befreit. Er wurde nach dem Paul-Gerhard-Stift gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Familien-drama. Aus Köln wird gemeldet: Dienstag nachmittag ist die Ehefrau eines Hotelbesizers in ihrem Hotel an der Maximinenstraße von dem Schwiegervater ihres Sohnes durch drei Revolvergeschüsse getötet worden. Die Tat ist auf einen Familienstreit zurückzuführen. Der Täter, ein Förster, wurde festgenommen.

Über eine aufregende Szene in einem Münchener Warenhaus wird berichtet: Während das Warenhaus von Kaufleuten gedrängt voll war, wurde eine der Verkäuferinnen plötzlich irrsinnig und griff die Kunden tödlich an. Erst nach vieler Mühe konnte die Bedauernswerte überwältigt und fortgeschafft werden.

Zyflon. Auf der nordwestlich von Madagaskar gelegenen Insel Zyflon hat in der Nacht vom 24. November ein Zyflon gewütet, der ungeheuren Schaden angerichtet hat. Die Plantagen sind vermisst worden, Häuser sind eingestürzt und zahlreiche Einwohner sind umgekommen.

Verwundene Knaben. Seit mehreren Tagen sind in Berlin nicht weniger als vier 12- bis 14-jährige Schulknaben aus dem elterlichen Hause verwundet. Bei einigen dürfte die Furcht vor schlechter Zensur die Ursache bilden. Trotz der Bemühungen der Behörden konnte

der Aufenthaltsort der Verwundenen bis jetzt nicht ermittelt werden.

Autounfall. Das mit vier Personen besetzte Auto m o b i l des Mechanikers Möbus aus Diez fuhr in der vergangenen Nacht auf der Straße zwischen Kunkel und Schadel über eine scharfe Kurve hinaus und stürzte in voller Fahrt in den Straßengraben, wo es sich überschlug. Der Lenker, Mechaniker Möbus, wurde sofort getötet, sein Vater hat schwere Verletzungen davongetragen, die beiden anderen Insassen sind leicht verletzt worden.

Ein amerikanisches Kulturbild. In Atlanta im Südstaate Georgia hat man den Neger Leonard Lewis wegen Mordes gehängt. Ein anderer Neger desselben Namens verbüßt dort eine vierjährige Gefängnisstrafe wegen Einbruchs. Da beide sich sehr ähnlich sahen, ist jetzt der Verdacht aufgefunden, daß man den Fallchen gehängt habe und der jetzt noch Sitzende der Mörder sei. Er behauptet natürlich, der Einbrecher Leonard Lewis zu sein. Die Untersuchung wird sehr schwierig sein. Aber man wird wohl, um sicher zu gehen und nicht etwa einen Nigger zu wenig gehängt zu haben, auch ihn an den Galgen bringen. Das arme Volk hat ohnehin wenig öffentliche Vergnügen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Verkauf lebender Butt
vom Boot aus
am Donnerstag, dem 5. Dezember 1912
von vormittags 8 Uhr ab an der 5506
Holstenbrücke und Hüxtertorbrücke.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich.
Heinrich Kardel und Frau,
Seereg. (5501)

Für die mir zuteil gewordene Unterstützung von den Kollegen der Dampfer „Freudensborja“ u. „Lulua“ meinen besten Dank. **F. Ploen.** (5513)

Dirigent.
Ein hieriger größerer Chor sucht zum 1. Januar 1913 für Freitags abends einen **Dirigenten.**

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 15. d. Mts. zu senden an (5515) **E. Rose, Johannisstr. 50.**

Malerlehrling
zu suchen gesucht.
H. Doose, Malermeister,
5166 Wafenkammer 31.

Ältere Frau wünscht Beschäftigung zum Einbütten an Sonn- und Festtagen, auch abends. (5518) **Warenbörser. 31a, I.**

Junge Frau sucht Beschäftigung (Kontor- oder Ladenreinemachen), am liebsten in der Holsten- oder W. St. an die Exp. d. Bl. (5498)

Wiener Handharmonika
zu kaufen gesucht. Angebote unter **P 99** an die Exp. d. Bl. (5519)

Ein Puppenwagen
zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. **H S** an die Exp. d. Bl. (5510)

Aquarium, leer, nicht zu klein, zu kaufen gesucht. Angebote erd. mit Preis u. Größe (5499) **Zuguntenstraße 25, I.**

Wahre Petroleumlampen und Öllampen unter Preis zu verkaufen (5488) **Schwartauer Allee 145. Str. part.**

Strämmerladen
zu verkaufen (5494) **Drogenstraße 7, I.**

Ein Puppenwagen zu verkaufen **Schwartauer Allee 58. Str. (5496)**

Grammophon-Platten
billig zu verkaufen. (5487) **Waldstraße 54.**

Ein Baum neue **Schiffstiel**, Größe 2, billig zu verkaufen. (5494) **Waldenstraße 2a.**

Zu verkaufen ein junger Hund und **Sohn**, ebenfalls mit Genie zu verkaufen. (5493) **Grabenstraße 5a.**

1 Silberbergschiff, 1 Wagenbeständer, 1 Puppenwagen zu verkaufen. (5490) **Waldstraße 5a.**

Ein sehr geräumiger Kinderwagen mit **Räderfeld** und **Gummireifen** zu verkaufen. (5495) **Grabenstraße 11a, part.**

Ein zusammenlegb. Sportwagen und ein Kinderwagen, beide mit Gummireifen, durch Zufall billig zu verkaufen. (5498) **Lühowstr. 32.**

Ein Grundstück, enthält 4 Wohnungen a 2 Zimmer und Zubehör, in der Vorstadt St.-Lorenz, zu verk. (5500) **Näh. Fuchtingstr. 23, II.**

Photographierarbeiten, auch pass. für Berufsfotogr., eine Babykorb und ein Kinderklappwagen zu verk. (5512) **Ludwigstr. 38, Freieuladen.**

Passendes Weihnachtsgeschenk
Bilder in Teilzahlung.
5492) **Böck, Dronstr. 12, III.**

Haushaltswäsche wird sauber gewaschen und geplättet, Stück 6 und 7 Pfg. (5488) **Ang. u. S. 45 a. d. Exp. d. Bl.**

Verloren am Montag abend in der Rosenstr. od. d. Nähe eine silb. Uhrkette mit Ders. D. Find. ist erkannt. Abz. g. Bel. Rosenstr. 29. (5491)

Schönes trockenes Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Saß. (2913) **F. E. Schacht & Co., Tel. 239. Moislinger Allee 41.**

Glascheiben aller Art, auch im einzelnen, Kist, Draht, Glaserdiamanten von 4 Mk. an. (5496) **Oscar Tauchnik, Fensterglas-handlung. Lübeck, Hüxtertor Allee 13. Fernsprecher 808.**

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bäckerei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem Ende 1911 bereits 98000 Mitglieder zählenden **Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde** (Sitz Stuttgart) bei. Für den geringen Jahresbeitrag von **nur M 4.80** (dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) erhält man kostenlos: 1. die reichillustrierten Monatshefte **Kosmos, Handwörter f. Naturfreunde** mit den Beiblättern: **Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Hans, Garten und Feld — Natur und Kunst** 2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, u. Vorträgen u. Kursen etc. 3. ohne jede Nachzahlung **fünf wertvolle Bücher** erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther, Was ist Elektrizität?; Dannemann, Wie unser Weltbild entstand; Dr. Floerke, Kriechtieren u. Lurche fremder Länder; Prof. Dr. Wenzel, Die Urgesellschaft u. ihre Lebenssorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele. **Eintritt jederzeit!** Anzeigen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart. Probehefte und Prospekte postfrei!

Zahnbürsten
Billig! Garantie für Haltbarkeit
Ferd. Kayser
Anfertigung von Haararbeiten aller Art.
Ankauf von ausgekämmtem Haar.
Franz Kuhr,
5520) **Johannisstr. 21.**

Achtung!
Jeden Donnerstag verkaufe in Schwartau auf dem Marktplatz frische Seefische aller Art.
Emilie Boy, Königstraße 61.
Markthallenstand 46. 5514
Fernsprecher 1811.
Treffte am Donnerstag, dem 5. Dezember, mit einem Waggon **schöner Weihnachtsäpfel** in Schwartau (Bahnhof) ein. 5511 **E. Wolf, Suttan.**
NB. Keine lose Ware, alles in Tonnen verpackt.
Ein wachsender Hund billig zu verkaufen 5497 **Ritterstraße 1a.**

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.
Zentralverband der **Zimmerer.**
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Gewerkschaftshaus.
2. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht 5507) **Der Vorstand.**

Transportarbeiter
in Schwartau u. Umgeg.
Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 Uhr
bei **Pinkert (Gasthof Transvaal).**
Tages-Ordnung: 5516
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. D. D.
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
5509) **Der Vorstand.**
Spartklub „So bi litten“
General-Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezember, abds. 9 Uhr, bei **F. Lender, Hüxter.**
Hausdiener u. Fensterputzer!
Die Versammlung am Donnerstag, dem 5. Dezember, fällt aus. 5508) **Der Vorstand.**

Achtung!
jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.
Zentralverband der **Zimmerer.**
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Gewerkschaftshaus.
2. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht 5507) **Der Vorstand.**

Transportarbeiter
in Schwartau u. Umgeg.
Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 Uhr
bei **Pinkert (Gasthof Transvaal).**
Tages-Ordnung: 5516
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. D. D.
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
5509) **Der Vorstand.**
Spartklub „So bi litten“
General-Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezember, abds. 9 Uhr, bei **F. Lender, Hüxter.**
Hausdiener u. Fensterputzer!
Die Versammlung am Donnerstag, dem 5. Dezember, fällt aus. 5508) **Der Vorstand.**

Transportarbeiter
in Schwartau u. Umgeg.
Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 Uhr
bei **Pinkert (Gasthof Transvaal).**
Tages-Ordnung: 5516
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. D. D.
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
5509) **Der Vorstand.**
Spartklub „So bi litten“
General-Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezember, abds. 9 Uhr, bei **F. Lender, Hüxter.**
Hausdiener u. Fensterputzer!
Die Versammlung am Donnerstag, dem 5. Dezember, fällt aus. 5508) **Der Vorstand.**

Transportarbeiter
in Schwartau u. Umgeg.
Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 Uhr
bei **Pinkert (Gasthof Transvaal).**
Tages-Ordnung: 5516
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. D. D.
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
5509) **Der Vorstand.**
Spartklub „So bi litten“
General-Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezember, abds. 9 Uhr, bei **F. Lender, Hüxter.**
Hausdiener u. Fensterputzer!
Die Versammlung am Donnerstag, dem 5. Dezember, fällt aus. 5508) **Der Vorstand.**

Transportarbeiter
in Schwartau u. Umgeg.
Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 Uhr
bei **Pinkert (Gasthof Transvaal).**
Tages-Ordnung: 5516
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. D. D.
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
5509) **Der Vorstand.**
Spartklub „So bi litten“
General-Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezember, abds. 9 Uhr, bei **F. Lender, Hüxter.**
Hausdiener u. Fensterputzer!
Die Versammlung am Donnerstag, dem 5. Dezember, fällt aus. 5508) **Der Vorstand.**

Transportarbeiter
in Schwartau u. Umgeg.
Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 Uhr
bei **Pinkert (Gasthof Transvaal).**
Tages-Ordnung: 5516
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. D. D.
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
5509) **Der Vorstand.**
Spartklub „So bi litten“
General-Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezember, abds. 9 Uhr, bei **F. Lender, Hüxter.**
Hausdiener u. Fensterputzer!
Die Versammlung am Donnerstag, dem 5. Dezember, fällt aus. 5508) **Der Vorstand.**

Transportarbeiter
in Schwartau u. Umgeg.
Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 Uhr
bei **Pinkert (Gasthof Transvaal).**
Tages-Ordnung: 5516
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. D. D.
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
5509) **Der Vorstand.**
Spartklub „So bi litten“
General-Versammlung
am Donnerstag, 5. Dezember, abds. 9 Uhr, bei **F. Lender, Hüxter.**
Hausdiener u. Fensterputzer!
Die Versammlung am Donnerstag, dem 5. Dezember, fällt aus. 5508) **Der Vorstand.**

Achtung!
Lastdienearbeiter!
Versammlung
Donnerstag, 5. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Bericht der Schlichtungskommission.
2. Verschiedenes.
5508) **Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich. D. D.

Lübecker Lehrer-Gesangverein.
Volkskonzert
Sonntag, den 8. Dezember, 8 Uhr, im **Kolosseum.** 5329
Solisten: Lübecker Kammermusikervereinigung.
Karten a 50 Pfg. (num.) und 30 Pfg. bei Hrn. Redakteur Stelling.

Zentral-Hallen
Dankwartgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.
108)

Hansa-Theater.
Anfang 8 1/4 Uhr.
Ludwig Puls
Lübecks beliebtester Humorist.
Harry Bienenstein
der Kölsche Tünnes in seinen Burlesken. 5472
Kathi Loisset
Universalkünstlerin.
Vorzugskarten gültig.
Ab 11 Uhr:
Kabarett.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, den 5. Dezember 1912
68. Vst. i. B.-Ab. 12. Vst. i. Donnt.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
La Bohème
Oper von Puccini. (5504)
Große Preise.
Freitag, den 6. Dezember 1912
69. Vst. i. B.-Ab. 12. Vst. i. Freitag-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
Der **Jahrmarkt in Pilsnit.**
Ein diabolischer Schwanf von **Walter Harlan.**
Mittelpreise.
In Vorbereitung: **Der Schwanf der Madonna.**
Oper von **Wolf-Ferrari.**

Was moderne Kriege kosten.

In den letzten 37 Jahren hat Europa für seinen bewaffneten Frieden die Summe von rund 444 Milliarden Mark angelegt...

Der Richter.

Aus der „Münchener Post“. In der Art, Schöffengericht, Sitzungssaal II. Die Schöffen, der Amtsanwalt, der Gerichtsschreiber...

Der erste Zeuge.

Der Zeuge schwört, er ist im 17. Lebensjahre. Der Richter: Wann ist er denn geboren? ... Wo wohnt er?

Aus Hannesles Himmelfahrt.

Auf jenen Hügel die Sonne, Sie hat dir ihr Gold nicht gegeben, Das wehende Grün in den Lüften, Es hat sich für dich nicht gebreitet.

Heiteres.

Zur Konzert. Sie gelten doch als Waquettrimer, Herr Mäler, Was war denn das für ein Stück, das soeben gespielt wurde? ... Das war entweder „Lamhäuser“, „Lobensgott“ oder „Mäler“.

Die Blaubleuigen.

Ein Maschinenschicksal. Von Fritz Müller.

Wir kamen sie alle, die blaubleuigen Mädchen von der Vermittlungszentrale. Wenigstens ihre Stimme hören wir täglich. „Hier Amt?“

Die Blaubleuigen.

Ein Maschinenschicksal. Von Fritz Müller.

Wir kamen sie alle, die blaubleuigen Mädchen von der Vermittlungszentrale. Wenigstens ihre Stimme hören wir täglich. „Hier Amt?“

